Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Leipzigerstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Leipzigerstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1968 43 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Mittwoch, 8. September 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 211

Verbreiterung der Bergarbeiter-Kampffront!

England — Polen — Oberschlesien — Mitteldeutschland: ein Kampf!

Die Grubenbesitzer wollen nicht verhandeln

(Eig. Drahtb.) London, 8. September.

Die gestrige Konferenz der Regierung Baldwin mit den Grubenbesitzern verlief ergebnislos. Aus dem Bericht über die Konferenz geht hervor, daß die Grubenbesitzer grundsätzlich einen nationalen Tarif mit den Bergarbeitern ablehnen. Churchill hat die Grubenbesitzer, erneut zur Frage eines einheitlichen Lohntarifes Stellung zu nehmen. Die Taktik der Regierung geht darauf hin, der Arbeiterschaft die Unparteilichkeit Churchills zu suggerieren. Aus diesem Grunde warf die Regierung demagogischer Weise den Grubenbesitzern Treubruch vor. Die Berggewerkschaften gehen aufs ganze. Sie wollen die Zerschlagung des Bergarbeiterverbandes. Sie werfen der Regierung Halbheit vor und operieren Churchill, indem sie bekanntgeben, daß die Regierung mit den Grubenbesitzern die Aufnahme distriktweiser Verhandlungen vereinbart hätte. Durch die Enthüllungen der Grubenbesitzer ist die Erbitterung der Bergarbeiter gegen die Regierung ständig gewachsen.

Scharfmacherbeschluß des britischen Grubenbesitzerverbandes.

(WTB.) London, 7. September

Der Grubenbesitzerverband beschloß, seinen Bezirksverbänden die Vorschläge vorzulegen, ob sie entsprechend dem Wunsche der Regierung damit einverstanden sind, daß der Grubenbesitzerverband mit dem Bergarbeiterverband die Verhandlungen wieder aufnimmt. Der Vorstandsausschuß des Grubenbesitzerverbandes wird die Antworten der Bezirksverbände in einer am kommenden Montag stattfindenden Sitzung behandeln. Reuter bezeichnet diesen Beschluß als „auf alle Fälle eine neue Verzögerung der Regelung der Frage".

Arbeiterschaft gegen Generalrat

(Eig. Drahtm.) London, 8. September.

Sonntag und Montag fanden in allen großen Industriezentren tagende vom Generalrat und dem Bergarbeiterverband auf Anregen der Arbeiterschaft organisierte Bezirks-Delegiertenkonferenzen und Gewerkschaftsratssitzungen statt, um die weitere Solidarisierung für die streikenden Bergarbeiter zu beraten. Der Generalrat beschränkte die Funktion der Konferenzen im voraus ausschließlich auf die Erhöhung von Geldsammlungen. Zahlreiche Konferenzen gingen aber beträchtlich über die Weisungen des Generalrates hinaus und beschlossen die Erhebung von Extrabeiträgen für die Bergarbeiter und forderten in energischen Resolutionen die Verhinderung der Kohlentransporte. In den meisten Konferenzen wurde an der Untätigkeit des Generalrates die schärfste Kritik geübt.

Schandschiedsspruch auch im rheinischen Braunkohlenbergbau

4 Prozent Lohnerhöhung

Köln, 8. September.

Die Verhandlungen im rheinischen Braunkohlenbergbau haben gestern vor dem Schlichter für das Rheinland zu einem neuen Abkommen geführt, wonach die Stundenlöhne um etwa 4 Prozent erhöht werden. Die Arbeitszeitregel wurde bis Ende 1927 erneuert. Das neue Abkommen gilt bis Ende Mai nächsten Jahres.

Vor der Entscheidung im oberschlesischen Lohnkampf

(Eig. Drahtm.) Breslau, 8. September.

Heute finden in Kattowitz die letzten entscheidenden Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern statt. Morgen sollen die Belegschaften der einzelnen Gruben endgültig zur Streikfrage Stellung nehmen. Wenn heute keine Einigung erzielt wird, wird der Streikbeginn unwiderruflich auf Donnerstag festgesetzt. Die Erbitterung unter den ostoberschlesischen Arbeitermassen ist infolge der Lebensmittelnot ungeheuer. Die Industriellen weigern sich, den Arbeitern entgegen zu kommen.

Die Ruhrkumpels lehnen nach wie vor den Schiedsspruch ab

(Eig. Meld.) Herringen, 6. September.

Eine Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Kameraden den Schiedsspruch ablehnen, weil er nicht im geringsten den Forderungen der Bergarbeiter entspricht und trotzdem die Bergarbeiter an den jetzigen Hungerlohn bis zum 30. April 1927 fesseln soll. Gefordert wird: Die Herstellung einer Kampfgemeinschaft mit den Metallarbeitern und daher die Kündigung des Ueberzeitabkommens. Auch mit den englischen Kameraden soll das Bündnis hergestellt werden. Die Versammlung hält die Forderung auf 25 Prozent Lohnerhöhung aufrecht und spricht einstimmig ihr Mißtrauen gegen die Methode des Ruhrbezirksvorstandes aus, ohne die Revierkonferenz zu hören, diesem Schandspruch zuzustimmen. Wie früher, so muß auch jetzt wieder oberstes Gesetz werden: 1. Ausskömmlicher Lohn und 2. niedrige Arbeitszeit. Dafür sollen alle Bergarbeiter eintreten.

Gewerkschaftskartell Delitzsch gegen den Severing-Erlaß

Die Kartelldelegierten von Delitzsch nahmen am 6. September Stellung zu dem Severingschen Runderlaß und stellten sich auf den Boden der vom ADGB. Weißenfels zu diesem Erlaß gekommenen Entschließung. Die beiden folgenden Briefe an den Bundesvorstand des ADGB. und an die preußische Regierung wurden einstimmig, bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Delegierten Theuerkorn und Sachse, angenommen.

Delitzsch, den 6. September 1926.

An den Hauptvorstand des ADGB.

Berlin.

Das Gewerkschaftskartell Delitzsch hat in seiner am 6. September 1926 stattgefundenen Sitzung zu dem Runderlaß des Preußischen Innenministers Severing Stellung genommen. Es bittet vom Bundesvorstand des ADGB., daß er sich mit aller Kraft für die Zurückziehung dieses Runderlasses einsetzt. Der Runderlaß bedeutet die offene Unterstützung der Rationalisierungsmethoden des Unternehmertums durch die preußische Regierung. Man will verhindern, daß in Situationen politischer und wirtschaftlicher Spannung die Arbeiterschaft sich geschlossen für ihre Forderungen einsetzt. Selbst ein Teil der sozialdemokratischen Presse („Hamburger Echo", „Frankfurter Volksstimme") sieht ein, daß die Verfügung Severings eine willkommene Handhabe gegen alle linksgerichteten Verbände für die reaktionären Polizeibehörden ist. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Durchführung der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft mit dieser Verfügung in Konflikt geraten müssen. Daher ist es die unbedingte Pflicht des ADGB., Seite an Seite mit den übrigen Arbeiterorganisationen den Kampf gegen den Schanderlaß des preußischen Innenministers aufzunehmen.

Gewerkschaftskartell Delitzsch.

•

Delitzsch, den 6. September 1926.

An die preußische Regierung,

Berlin.

Die am Montag, dem 6. September 1926, in Delitzsch stattfindende Gewerkschaftskartellsitzung (ADGB.) erhebt schärfsten Protest gegen den vom preußischen Innenminister Severing herausgegebenen Runderlaß. Derselbe bedeutet die Beseitigung selbst der minimalsten Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung, wie sie in der Weimarer Verfassung festgelegt sind. Der Erlaß Severings bedeutet geradezu eine Unterstützung der Rationalisierungsmethoden der Bourgeoisie. Man will damit verhindern, daß sich die Arbeiterschaft in Zeiten der „schwierigen Wirtschaftslage" durch rücksichtsloses Auftreten für ihre berechtigten Forderungen einsetzt. Das Gewerkschaftskartell Delitzsch fordert daher, daß dieser Erlaß sofort zurückzuziehen ist.

Gewerkschaftskartell Delitzsch.

Auswirkung des Severing-Erlasses in Merseburg

Verbot der Umzüge — kein Verbot der Umzüge — aber auf Sicht — doch Verbot der Umzüge!

Der Rote Frontkämpfer-Bund von Merseburg hatte vor wenigen Tagen eine Reihe von Umzügen des Spielmannszuges des RFB. bei der Polizeiverwaltung angemeldet. Daraufhin kam Bescheid von der Polizeiverwaltung, daß in Ausführung des Severing-Erlasses diese Umzüge nicht genehmigt werden könnten. Immerhin aber ließ man durchblicken, daß man doch eventuell noch bereit sei, mit sich reden zu lassen und einen Umzug genehmigen werde. Unsere Genossen schrieben deshalb noch einmal an die Polizeiverwaltung und meldeten die gleichen Veranstaltungen noch einmal an. Prompt kam Antwort: **Alle Umzüge sind gestattet.** Aber nur noch dieses Mal. Beim nächsten Mal wird eine Genehmigung nicht mehr erteilt. Basta.

Die spezielle Begründung des Verbotes neben der allgemeinen des Severing-Erlasses hatte aber auch so seine besonderen Eigenarten. Es heißt in dem letzten Schreiben der Polizeiverwaltung wörtlich:

„Die Polizeiverwaltung ... macht darauf aufmerksam, daß derartige sich öfters wiederholende Umzüge mit Musik **künftig wegen der damit verbundenen Belästigung des Publikums grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden können.**"

Die Drohung der Merseburger Polizeiverwaltung, unsere Veranstaltungen zu unterbinden, läßt uns kühl. Wir werden uns das Recht auf die Straße nicht nehmen lassen, trotz der Drohung der Merseburger Polizeiverwaltung, trotz des Schanderlasses von Severing — —

Der Kampf für den Kongreß der Werktätigen beginnt

Der nachstehende Artikel, den wir der Berliner „Roten Fahne" entnehmen, beleuchtet die allgemeine innerpolitische Lage, aus der sich die Aufgaben für den Kongreß der Werktätigen ergeben. In unserer heutigen Wirtschaftsbeilage behandeln wir die besonderen Aufgaben, die die Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands zu lösen hat. Die beiden Aufsätze ergänzen sich daher gegenseitig. Anm. d. Redaktion.

Die sozialdemokratische Presse hat es nicht an wiederholten spaltenlangen Warnungen gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern fehlen lassen, sich ja nicht am „Kongreß der Werktätigen" zu beteiligen. Diese Warnungen wären — und darin gehen wir mit den sozialdemokratischen Arbeitern konform — angebrachter gegenüber den sozialdemokratischen Instanzen, die lieber heute als morgen sich vollkommen in die Arme der Großindustrie werfen möchten, um zur Großen Koalition zu gelangen. „Kongreß der Werktätigen" oder „Große Koalition", restlose Auslieferung der Arbeiterklasse an das Großkapital oder Sammlung der Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind, das sind in der Tat die Fragen, die heute von der gesamten Arbeiterschaft entschieden werden müssen. Wie sieht es heute mit der Vorbereitung zur „Großen Koalition" aus? Es seien nur einige wenige Tatsachen angeführt.

Der Sozialdemokrat Breitscheid fährt als Vertreter der Regierung Marx-Stresemann-Geßler nach Genf. Es ist unbestritten, daß er in den Sitzungen der Völkerbundskommissionen, an denen er teilnehmen darf, den Standpunkt der Regierung Stresemann zu vertreten hat.

Die Instanzen der SPD. haben sich mehrfach offen und entschieden mit der „Alten sozialdemokratischen Partei Sachsens" solidarisiert zur selben Zeit, wo der Stahlhelmblock, zu dem sich die reaktionären Parteien geeinigt haben, eine Art wohlwollende Neutralität für die ASPS. proklamiert. Der „Vorwärts" hat die Sozialfaschisten, die selbst von der sozialdemokratischen Presse Sachsens als Nationalsozialisten bezeichnet werden, „Gnossen" genannt, sie gegen Ausschlußanträge in Schutz genommen, und zuletzt wurde, offenbar auf Anweisung des Parteivorstandes, ein Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion der 28 Ausgeschlossenen wieder in die SPD. aufgenommen.

Schließlich hat Severing in einer Zeit, wo Tag für Tag neue Aufmärsche und Paraden der bewaffneten Organisationen der Reaktion gemeldet werden, es für notwendig gefunden, eine Gruppe des unbewaffneten Roten Frontkämpfer-Bundes aufzulösen und durch einen nur gegen die Arbeiterschaft gerichteten Erlaß die reaktionären Polizeioffiziere zu gewaltsamen Einschreiten gegen Arbeiterdemonstrationen aufzuhetzen.

Nimmt man hinzu, daß der größte Teil der SPD.-Presse das Koalitionsangebot „unter Führung des Unternehmertums" und auf Grund des Unternehmerprogramms mit offen zur Schau getragener Befriedigung zur Kenntnis genommen hat, so kann kein Zweifel daran sein, daß die Führer der SPD. in der jetzigen Etappe alles daransetzen werden, um den Eintritt in die Regierung unter allen Bedingungen, die man ihnen auferlegt, durchzusetzen.

Andererseits ist schon jetzt deutlich sichtbar, daß diese Politik auf den heftigsten Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft stößt. Der Kampf, den die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam mit den Kommunisten für den Ausschluß der „Genossen" des „Vorwärts" aus den Gewerkschaften führten, zeigt, was die SPD.-Arbeiterschaft von der Solidarität des SPD.-Parteivorstandes mit den Stahlhelmsozialisten hält. Die kritischen Töne einiger SPD.-Blätter gegen den Völkerbund und gegen die Teilnahme eines Sozialdemokraten an der Delegation der Marx-Regierung sind ein Zeugnis dafür, daß der pazifistische Völkerbundsschwindel bei der Masse der Arbeiterschaft nicht mehr wirkt, daß das beliebte Argument, die Regierungsbeteiligung der SPD. sei aus außenpolitischen Gründen notwendig, diesmal seine Wirkung verfehlen wird. Schließlich ist der Gedanke einer Koalition mit den Unternehmervertretern auf Grund des Unternehmerprogramms für jeden Arbeiter, der noch einen Funken Klassenbewußtsein hat, so empörend, daß alle Reden über die Notwendigkeit der Rationalisierung den Arbeitermassen eine solche Politik nicht verständlich machen werden.

Aber wenn die SPD.-Arbeiterschaft sehr wenig Vertrauen zur Politik ihrer Partei hat, und jetzt schon vorauszusehen ist, daß diese Politik auf wachsenden Widerstand stoßen wird, so muß man doch auch erkennen, daß die Masse des Proletariats die Notwendigkeit und Richtigkeit des Weges, den die Kommunistische Partei in der gegenwärtigen Situation einschlägt, noch nicht ganz begriffen hat. Hier erwächst unseren Genossen, vor allem den Arbeitern, die im Betrieb und Gewerkschaft mit der Masse der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiterschaft verbunden sind, die größte und wichtigste Aufgabe.

Es ist nicht leicht, die Sabotage der reformistischen Führer zu brechen. Aber was der kommunistischen Arbeiterschaft in diesem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0001

Jahr schon einmal gelungen ist, das muß diesmal, wo es um Größeres und Wichtigeres geht, wieder gelingen. Auch als die KPD. die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung der Fürsten erhob und den Volksentscheid für diese Forderung vorschlug, da tobte die SPD.-Presse, der „Vorwärts" an der Spitze, dagegen. Denn eine solche Kampagne in Gemeinschaft mit den Kommunisten zerschlug alle Hoffnungen auf Regierungseintritt, der auch damals schon das Ziel der SPD.-Politik war. Aber unserer Propaganda, unserer Arbeit gelang es, die Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für unsere Forderungen, gegen die Koalitionspolitik der reformistischen Führer zu mobilisieren, und dadurch die Pläne der Reformisten zu durchkreuzen und den ersten Ansatz zu einer einheitlichen Massenbewegung zu schaffen.

Dieselbe Aufgabe steht jetzt bei der Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen bevor. Für die Koalition mit der Bourgeoisie oder für die Einheitsfront aller Ausgebeuteten, für die kapitalistische Rationalisierung oder für die Rationalisierung der Banken und der Trusts unter proletarischer Kontrolle durch die Arbeiter- und Bauern-Regierung, für die Auslieferung von Millionen Erwerbsloser an hoffnungsloses Elend oder für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und ausreichende Unterstützung der Arbeiter, denen die Gesellschaft keine Arbeit geben kann, für die Erhöhung der Steuer-, Zoll- und Mietlasten, die die werktätigen Massen erdrücken oder für die Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie, für die Förderung der legalen und illegalen Bewaffnung der Reaktion oder für die Stärkung und Zusammenfassung der Abwehrorganisationen des Proletariats, das sind die Fragen, die in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaftsversammlung, an jeder Stempelstelle vor die Arbeiter gestellt werden müssen.

Wir sind sicher, daß es auch diesmal unseren Genossen gelingen wird, die sozialdemokratischen Arbeiter zu überzeugen, daß nicht das Bündnis mit dem Reichsverband der Industrie, sondern nur das Bündnis mit der revolutionären Arbeiterschaft einen Ausweg aus dem Rationalisierungselend eröffnet, den Weg, auf dem der Kongreß der Werktätigen die erste Etappe sein soll.

Sozialdemokrat Kurt Heinig belügt die russische Botschaft

„Antragsteller, die keine erschöpfende Auskunft geben, erhalten keine Einreisebewilligung"

In der Montag-Ausgabe des „Volksblatt" wird unter der Ueberschrift: **„Russische Zustände — Sozialdemokratische Korrespondenten dürfen nicht nach Rußland herein"**, ein Artikel aus dem „Vorwärts" veröffentlicht, der sich mit der **Verweigerung der Einreiseerlaubnis des Sozialdemokraten Kurt Heinig nach Rußland** befaßt. Es ist selbstverständlich, daß dies in einem Ton geschieht, der mit Sauberkeiten eher zu mild als zu scharf bezeichnet ist. Es heißt dort z. B.: „Nach Rußland hereingelassen werden nur Leute, von denen man voraussehen kann, daß sie von den Festreisen, die man für sie veranstaltet, mit entsprechender Stimmung berichten." — Nur eine Frage: Ist das auch bei dem **Vorsitzenden des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes, Purcell, der Fall?** Wenn dies der Fall ist, muß man sich in der Tat wundern, welche „Individuen" die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale an ihrer Spitze duldet.

Die Botschaft der Union der SSR. antwortet auf die Anwürfe des Herrn Kurt Heinig folgendermaßen:

„Im Mai dieses Jahres wandte sich Herr Kurt Heinig an die Botschaft der Union der SSR. in Berlin mit dem Antrag auf Einreisegenehmigung, wobei er sich als Volkswirtschaftler präsentierte und betonte, daß er eine Studienreise in Rußland zu unternehmen beabsichtige, **ohne mit einem Sterbenswörtchen zu erwähnen, daß er die Ergebnisse seiner Studienreise publizistisch im „Vorwärts" zu verwerten beabsichtigt.** Diesem Herrn wurden von der Botschaft vorschriftsmäßig Fragebogen zugestellt, die von ihm eigenhändig ausgefüllt wurden, und die folgende bemerkenswerte Angaben enthalten. Auf die Frage, welchen Beruf oder Beschäftigung der Antragsteller hat, antwortet Herr Heinig bescheiden: **Schriftsteller. Volswirt beim Deutschen Metallarbeiterverband.**

Auf die weitere Frage: „Zweck der Reise, von wem beauftragt, von wem eingeladen, anzugeben, womit Antragsteller in der Union der SSR. sich beschäftigen will", antwortet Herr Heinig ganz bescheiden: **„Volkswirtschaftliche Studien."** Der „Vorwärts" hzw. die „Vorwärts"-Klapperer vom „Volksblatt" sagen aber als Kronzeugen wörtlich: „Unser volkswirtschaftlicher Mitarbeiter hatte den Plan gefaßt, **eine längere Reise durch Rußland zu unternehmen und dem „Vorwärts" sowie der übrigen Partei- und Gewerkschaftspresse seine Eindrücke zu berichten.**

Auch mündlich hat Heinig der Botschaft gegenüber nie ein Sterbenswörtchen darüber verraten, daß er als **Berichterstatter des „Vorwärts"** nach Rußland zu gehen gedenkt.

Nun, hätte Herr Kurt Heinig erklärt, daß er als Vertreter des „Vorwärts" nach Rußland gehen will, so wäre das an und für sich **keinesfalls ein Hindernis für die Erteilung einer Einreiseerlaubnis gewesen.**

Inzwischen hat aber **die Botschaft erfahren**, daß zwischen Herrn Kurt Heinig und dem „Vorwärts" sowie der übrigen Partei- und Gewerkschaftspresse ein **geheimes Abkommen** bestand, nach welchem das Ziel seiner Rußland-Reise sein sollte:

1. **Sich die Autorität eines Rußland-Kenners zu verschaffen, und**

2. **mit dieser Autorität den Arbeiterdelegationen „im „Vorwärts" sowie in der übrigen Partei- und Gewerkschaftspresse" entgegenzutreten.**

Es war daher nicht anzunehmen, daß er **„unbeeinflußt und streng sachlich"** (so charakterisierte Herr Heinig im „Vorwärts" und „Volkblatt" seine ins Wasser gefallene Berichterstattung, d. Red.) über seine Beobachtungen und Erlebnisse in der Sowjetunion berichtet hätte, denn sein vorgefaßtes Ziel hätte eine solche Berichterstattung von vornherein ausgeschlossen. Dieser großangelegte „Plan" bedingte die **Verheimlichung des Abkommens** mit dem „Vorwärts".

Die Botschaft sah sich daher gezwungen, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, das ausdrücklich auf den Fragebogen vermerkt ist: **„Antragsteller, die keine erschöpfende Antwort geben, erhalten keine Einreisebewilligung."**

Darüber hinaus teilt die russische Botschaft der Redaktion der „Roten Fahne" noch mit, daß **dies der erste Fall ist für die russische Gesandtschaft in Deutschland, daß ein Schriftsteller von Belang den Zweck seiner Reise und das Organ, für das er zu schreiben gedenkt, verheimlicht.** Jeder Arbeiter wird verstehen, wenn man sich schon bei der Einreise **solcher Unwahrheiten und Verschleierungen schuldig macht**, wie dann erst eine **„Berichterstattung"** des Herrn Heinig **ausgesehen hätte.** Die sozialdemokratischen Arbeiter haben kein Interesse daran, solche Berichte zu lesen, die **von vornherein in ihrer Tendenz festliegen.** Die gesamte Arbeiterschaft hat vielmehr **alles Interesse daran,** Rußland-Berichte zu Gesicht zu bekommen, die **ohne vorgefaßte Meinung** zustande gekommen sind.

Kurt Heinig bestätigt seine Lügen

Kurt Heinich veröffentlicht in dem „Vorwärts"-Abendblatt vom 7. September eine Erklärung, in der er behauptet, daß kein geheimes Abkommen zwischen ihm und dem „Vorwärts" getroffen wurde. **Dagegen ist er nicht in der Lage, die Feststellung der russischen Botschaft zu widerlegen, daß er die Sowjetbotschaft über seinen Beruf, über den Zweck seiner Reise falsch informiert hat.** Das kläglichste Stammeln von einer kommunistischen Empfehlung, die er erhalten haben soll, ändert nichts an der Tatsache, daß Kurt Heinich

Polnisch-rumänisches Kriegsbündnis

Der französische Generalstab bereitet die Gasoffensive gegen Rußland vor

(WTB.) London, 6. September.

Wie „Daily Expreß" aus Neuyork berichtet, veröffentlicht „New York American" in einer Meldung aus Genf den Wortlaut einer polnisch-rumänischen Militärkonvention, der noch nicht im Sekretariat des Völkerbundes niedergelegt worden sei. Dem „New York American" zufolge besagt die Konvention u. a., daß, wenn einer der Vertragschließenden von einer dritten Partei angegriffen werde, der andere Vertragschließende ihm zu Hilfe kommen solle. Der Durchmarsch rumänischer Truppen durch polnisches Gebiet werde zur Besetzung bestimmter Linien nur gestattet, wenn Rußland im Falle eines polnisch-deutschen Krieges Deutschland zu Hilfe komme, oder im Falle eines russisch-polnischen Krieges, während polnische Truppen zum Einmarsch auf rumänisches Gebiet nur im Falle eines rumänisch-ungarischen oder rumänisch-bulgarischen Krieges ermächtigt seien. Der Konvention sei ein Brief des rumänischen Generals Petala beigefügt, in dem der General sagt, wenn Polen von Rußland allein angegriffen werde, empfehle der französische Generalstab im Hinblick auf die Tatsache, daß die polnisch-rumänische Mobilmachung und Konzentration acht Tage vor der russischen beendet sein könnte, eine sofortige energische Offensive und eine Besetzung der Linie Witebsk—Mohilew—Hamel. Wenn im Laufe der Ereignisse die deutschen Truppen eine drohende Haltung zeigten, werde Frankreich intervenieren.

An anderer Stelle dieses Briefes äußert sich Petala folgendermaßen: „Wir können nicht von Anfang an auf die Angriffsunterstützung der französischen Truppen rechnen, da die Auffassung in Frankreich hierfür noch nicht günstig ist. Der französische Generalstab erklärt jedoch, daß in Anbetracht unseres großen Mangels an Kriegsbedarf uns alles für einen derartigen Konflikt nötige Material über Südslawien zugehen soll. Dieses Material werde alles enthalten, was für eine Offensive und eine Gasoffensive notwendig sei, das Personal einbegriffen:

290 Flugzeuge, 50 Flugzeugführer, 30 Monteure und die volle Ausrüstung für 200 000 Mann, ferner Arzneimittel, Pferdegeschirre, Geschosse für die Modelle der französischen Feldartillerie, 12 weittragende schwere Geschütze, alles entsprechend der rechtzeitig nach Paris gesandten Liste.

Dieser Brief trägt das Datum vom 3. Juni 1926. Die Militärabmachung zeigt die Aufschrift: „Anhang zum polnisch-rumänischen Vertrag von 1926."

•

Dieses Militärbündnis, das unzweideutig in erster Reihe gegen die Sowjetunion gerichtet ist, ist die beste Illustration dafür, wie der Völkerbund den Frieden vorbereitet. Polen und Rumänien, vor allem aber der Hauptprotektor dieses Militärbündnisses, Frankreich, sind hervorragende Mitglieder des Völkerbundes. Daß im Militärvertrag von einem „ungarischen russischen Truppen" als Möglichkeit gesprochen wird, ändert nichts daran, daß der ganze Vertrag ein Offensivbündnis, ein Angriffsplan gegen die Sowjetunion und gegen den Weltfrieden überhaupt darstellt.

Diesmal kommen die Unkenrufe, von denen die SPD.-Presse so gern schreibt, nicht aus Moskau. Diesmal haben es die Franzosen, die feindlichen Imperialistenmächte für nötig befunden, den Schleier der Kriegsvorbereitungen etwas zu lüften, um Frankreichs Völkerbundspläne, insbesondere das Vorsichten Polens im Völkerbunde zu stören. Wenn sich die Imperialisten in den Haaren liegen, kann das Proletariat manchmal etwas, aber immer nur ganz wenig von den geheimen Plänen der Kriegsmacher erfahren. Vielleicht antwortet Frankreich auf diese Enthüllungen mit Gegenentfüllungen über die Kriegspläne Englands. Das wäre zwar für die Völkerbundpolitik, aber wenigstens etwas, was die Arbeiterklasse aufschreckt, mobil macht, auf die drohenden Gefahren hinweist, kurz, sie, wie es die Sozialdemokratie tut, einzulullen.

Es wäre noch die Frage aufzuwerfen, mit welcher Begründung nunmehr Stresemann, von der Sozialdemokratie unterstützt, von Breitscheid begleitet, in den Völkerbund eintreten würde? Dann stichhaltig kann nur eine Begründung sein: um Teilhaber dieser Kriegsvorbereitungen zu werden, um sie durch die Kulissen des Völkerbundes mit decken und hinter den Kulissen mitmachen zu können.

•

(Eig. Drahtm.) **Bukarest**, 8. September.

Die Regierung von Rumänien läßt auf den italienischen Werften zwei neue Dampfer bauen. Der Ministerpräsident Averescu hat die Absicht, alle neuen Einheiten der rumänischen Kriegsmarine, die 12 000 Millionen Lei kosten sollen, in Italien bauen zu lassen. Die gemeinsamen italienisch-rumänischen Rüstungen gehen als Gefolgschaft des englischen Imperialismus vor sich.

Heute Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

Aber die Völkerbundskrise spitzt sich weiter zu

(Eig. Drahtm.) **Genf**, 8. September.

Trotz aller Versuche des „Vorwärts"-Korrespondenten, Viktor Schiff, in Genf die Frage des Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund rosig darzustellen, zeigen sich die neuesten Gegensätze für die heutige Vollversammlung des Völkerbundes in großer Schärfe. Laut Beschluß des Völkerbundssekretariats soll heute gemeinsam mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gleichzeitig die Vermehrung der Zahl der nichtständigen Ratssitze von sechs auf neun behandelt werden.

Würde dies nicht durchgeführt, hätte Stresemann eine vollständige politische Niederlage erlitten. Die englischen Imperialisten werden wahrscheinlich die norwegische Delegation vorschicken, um entgegen dem Bureaubeschluß die Frage der Vermehrung der Ratssitze der Kommission zu überweisen. Es müßten mindestens 17 Stimmen aufgebracht werden, um die Zweidrittelmehrheit für die Annahme ohne Kommissionsberatung zu verhindern.

Die demokratischen Korrespondenten berichten von Konfliktstimmung und erwarten für heute eine „äußerst lebhafte Sitzung".

•

Durch die Aufnahme Deutschlands wird im Völkerbund eine neue Etappe beginnen. Unter dem Protektorat Englands darf Deutschland die imperialistischen Pläne des Völkerbunds unterstützen, an der Unterdrückung der Kolonialvölker passiv und später wohl aktiv teilnehmen. Deutschland darf die Intrigen gegen Sowjet-Rußland mitmachen. Die Krise des Völkerbunds nimmt aber neue Formen an. Einerseits wird das Gleichgewichtsverhältnis zwischen den bisherigen Großmächten im Völkerbund umgeworfen und neue Kämpfe um die Vorherrschaft im Völkerbund werden beginnen. Andererseits bahnt sich eine freilich ohnmächtige Opposition der kleinen Staaten gegen die Diktatur der imperialistischen Großmächte an, die jetzt, wo Deutschland als Werkzeug des Völkerbundes gebraucht wird, selbstverständlich an Bedeutung verlieren werden.

Wie nimmt die Arbeiterschaft in Deutschland die Meldung vom Eintritt in den Völkerbund entgegen? Wenn die sozialdemokratische Presse schreibt, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund „einen großen moralischen Sieg der Republik" bedeutet, so kann festgestellt werden, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung ohne Ausnahme mit Ablehnung, Mißtrauen oder Gleichgültigkeit auf die Meldungen reagiert. Von einer Sympathie für den Völkerbund ist keine Rede. Ebenso muß aber auch klar gesagt werden, daß die Arbeiterschaft noch immer nicht begriffen hat, welche ungeheure Gefahr der Locarno-Pakt und der Völkerbundseintritt bedeuten. Hier muß eine unablässige, zähe Aufklärungsarbeit der Kommunisten einsetzen!

Der Operettenaufstand in Spanien unterdrückt

(Eig. Meldung.) **Madrid**, 8. September.

Der Aufstand der Artillerie gegen die Diktatur Primo de Riveras ist völlig unterdrückt. Es zeigt sich nunmehr, daß es sich nur um den Kampf um die Vorherrschaft innerhalb des Offizierskorps gehandelt hat. Das Artillerieoffizierskorps ist infolge der Rivalität der führenden Generale gespalten. Darin ist auch die Ursache zu sehen dafür, daß Primo de Rivera nicht gestürzt wurde, obwohl die gesamte Armee gegen ihn steht. Unter Vorsitz des Königs fand ein Kabinettsrat statt. Rivera hat in dieser Sitzung dem König seine Demission angeboten, der König hat sie aber abgelehnt, da er überzeugt sei, daß zwar zahlreiche Generale geneigt seien, sich gegen Primo de Rivera aufzulehnen, aber kein einziger imstande sei, die Regierung zu führen.

Bedingungslose Uebergabe

Die Feigheit der aufständischen Offiziere

Die „Vossische Zeitung" berichtet aus Lissabon:

Privatmeldungen bestätigen, daß die spanische Regierung vollständig Herr der Lage ist. Schwere Sanktionen werden den Rebellen auferlegt. Die Artilleriequartiere in Pamplona wurden von Regierungstruppen umlagert und dann erstürmt. Der Widerstand war minimal. Die Kasernen in Madrid und Barcelona wurden kampflos den Regierungstruppen übergeben.

Braun-Severing-Hohenzollern

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 8. September.

Der Preußische Landtag wird auf Grund der neuen Verfassung und des inzwischen angebahnten Meinungsaustausches mit den Bevollmächtigten Wilhelms von Hohenzollern sich noch vor der allgemeinen gesetzlichen Reichsregelung mit der Hohenzollern-Abfindung beschäftigen. Sowohl die Hohenzollern wie auch die preußische Regierung halten es für zweckmäßiger, auf dem Wege einer Vereinbarung die Fürstenabfindung zum Abschluß zu bringen, als wenn es nötig wäre, noch ein Reichsgesetz in Kraft zu setzen. Die Regierung rechnet bestimmt mit einer Mehrheit im Landtag, so daß alle Forderungen der Hohenzollern ohne Rücksicht auf den Ergebnis des Volksentscheids bewilligt werden.

Der Farbentrust und die Flaggenfrage

Duisberg, der Generaldirektor des Farbentrusts, ist jetzt der große Mann Deutschlands. Er hält überall Festreden, wie ein zweiter Hindenburg, die von den seichtesten Gemeinplätzen triefen. Vor zwei Tagen hielt Duisberg vor der Wirtschaftsstelle der deutschen Studentenschaft in Dresden eine Rede, wo er die Aussöhnung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft pries, die auf der Dresdener Tagung stattgefunden haben soll. Wie die Aussöhnung in den Betrieben praktisch aussieht, das können die Chemiesklaven in den mitteldeutschen Großbetrieben der J. G. am besten beurteilen. Herr Duisberg wurde auch politisch. Eine Lösung der **Flaggenfrage müsse gefunden werden. Duisberg meinte**, beide Flaggen sollten nebeneinander gelten. Republik zu 50 Prozent. Da Duisberg im Rufe eines tüchtigen Chemikers steht und außerdem der Direktor der Leverkusener Farbwerke ist, so kann er ja auf dem Gebiet der Flaggenfrage als Farbenspezialist sich eine ganz große Kompetenz zuschreiben. So kann vielleicht Herr Duisberg die Flaggenfrage vom Standpunkt der Farbenindustrie aus lösen. Indem er aus Schwarzrotgold und aus Schwarzweißrot eine neue monarchistisch-republikanische Mischung herstellt und als Patent bei J. G. vertreiben läßt. Das wäre eine stilvolle Lösung der Flaggenfrage. Es fehlen nur noch die Düngemittel . . .

5 Ortsgruppen der USPD. zur KPD. übergetreten

Die fünf noch in der Pfalz bestehenden USPD.-Ortsgruppen sind vor wenigen Tagen zur KPD. übergetreten. Wenn auch diese Gruppen zahlenmäßig nicht sehr stark waren — es handelt sich um ca. 150 Genossen — beweist doch dieser Uebertritt gerade von Genossen, die lange in der Arbeiterbewegung stehen, daß der Prozeß der Linksbewegung der Arbeiterschaft trotz verschärfter Lügenhetze gegen die KPD. und Sowjet-Rußland, trotz dem schon tausendfach prophezeiten Niedergang der KPD. fortschreitet, und daß diese Linksentwicklung identisch ist mit einer neuen starken Sympathiewelle für die KPD. und den ersten proletarischen Staat: Sowjet-Rußland.

Doch ein Attentat bei Leiferde?

Wie wir bereits gestern kurz meldeten, sind zwei Menschen verhaftet worden, die selbst angeben, die Attentäter des Eisenbahnunglückes bei **Leiferde** gewesen zu sein. Sie haben ein Geständnis abgelegt und Herr Dorpmüller versorgt die ganze bürgerliche Presse mit diesen Aussagen der beiden Attentäter.

Gleichzeitig versucht **Dorpmüller** in einer Erklärung noch einmal darzulegen, daß eine **Streckenbewachung** Attentaten auf die Züge nicht verhindern könne. Trotzdem gibt er in der gleichen Erklärung an, daß man nunmehr bemüht sein werde, die **Streckenwärterstellen zu vermehren.** Ebenso verspricht Dorpmüller von nun an größere Sorgfalt auf den Oberbau und das Wagenmaterial auf der Eisenbahn zu legen. Diese Erklärung Dorpmüllers ist **ein glattes Eingeständnis** aller der Mißstände, die wir aufgezeigt haben.

Ob die Eisenbahnkatastrophe bei Leiferde wirklich auf ein Attentat zurückzuführen ist, ist nicht von Belang. Tatsache bleibt, daß man auf dieser Strecke überhaupt keinen Streckenwärter mehr eingestellt hatte. Herr Dorpmüller, der der Meinung ist, durch Aufbedung des Attentates die Schuld der Reichsbahn verdunkeln zu können, wird sich irren. Tagtäglich ereignen sich neue Eisenbahnunglücke.

Der Leipzig-Stuttgarter Schnellzug entgleist

Pforzheim, 7. September.

Der Schnellzug Berlin—(Leipzig)—Stuttgart—Zürich D 32 (Leipzig 10.06 vorm.) entgleiste heute abend bei der Einfahrt in den Bahnhof Osterburken. Lokomotive, Packwagen und erster Personenwagen sprangen aus den Gleisen. Infolge verlangsamter Fahrtgeschwindigkeit wurden keine Reisenden verletzt, dagegen entstand erheblicher Materialschaden. Die Reisenden konnten kurz 9.30 Uhr weiterbefördert werden. Die Heidelberger Strecke ist im Laufe der Nacht den Verkehr wieder übergeben werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Was muß zur Belebung der Betriebsrätebewegung geschehen?

Im letzten Zeit ist deutlich eine Belebung in den Belegschaften [illegible]. Der Kampfwille wird wieder wach! Damit eng verbunden ist die immer dringlicher auftauchende Frage: **Was tun [illegible] unsere Betriebsräte, welches alles sind ihre Aufgaben?**

Berliner Betriebsräte haben, wie von uns mehrfach gezeigt, aus eigenem Antrieb die Verbindung der einzelnen Betriebe [illegible] Stadtbezirke in die Wege geleitet. Sie haben auch für [illegible] wichtigen Schritte der Gewerkschaften den Weg geebnet [illegible] in ihrer Vollversammlung am 30. August folgende Richtlinien aufgestellt:

„Wie am Montag, dem 30. August 1926, in Bökers Festsälen versammelten Groß-Berliner Betriebsräte fordern vom Ortsausschuß des ADGB. die sofortige **industriegruppenweise Zusammenfassung der Betriebsräte**, entsprechend den noch immer [illegible] Beschlüssen **des 1. Kongresses der Betriebsräte Deutschlands**, die **Einberufung von Industriegruppen-Vollversammlungen** und die **Wahl von Gruppenräten**.

Darüber hinaus fordern die Betriebsräte, daß in diesen Industriegruppen-Vollversammlungen **die Delegierten zu einer Berliner Betriebsräte-Vollversammlung gewählt werden**, [illegible] die Richtlinien der vom ADGB. und AfA.-Ortsausschuß [illegible] aufgelösten freigewerkschaftlichen Betriebsräteausschüsse vorsehen.

Gleichzeitig aber fordert die Versammlung alle Betriebsräte, [illegible] **in den Verwaltungsbezirken zusammenzuschließen**, Bezirksversammlungen abzuhalten, Betriebsräteausschüsse zu [illegible] den Kampf gegen die Rationalisierung zu organisieren [illegible] gleichzeitig zu kämpfen für die gewerkschaftliche Zusammenarbeit der Betriebsräte."

Wir hoffen, daß in unserem Bezirk nicht nur die Betriebsräte, [illegible] auch viele **örtliche Gewerkschaften** auf solchem [illegible] Gewerkschaftskreisen und sich insbesondere auch die engste Verbindung [illegible] den Erwerbslosenausschüssen und Hineinbeziehung aller [illegible] Fragen in ihre Tätigkeit angelegen sein lassen.

[illegible] Berichterstattung an den „Klassenkampf" ist ein Mittel [illegible] gegenseitig voneinander zu erfahren und praktische Maßnahmen [illegible] in einem Orte auch anderen Orten zugute kommen zu [illegible]

AfA-Bund und gewerkschaftliche Werbewoche

[illegible] findet in der Zeit vom **13. bis 19. September** aus [illegible] Bestehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine **gewerkschaftliche Werbewoche** statt. [illegible] des **AfA-Bundes** scheint der Meinung zu sein, daß

HEUTE SCHON MÜSSEN ALLE BETRIEBS-ZELLEN DEN WERBEPLAN FÜR DIE GEWERKSCHAFTS-WERBEWOCHE AUFSTELLEN

[redacted]

[illegible] nichts angehe. In der September-Nummer der AfA-[illegible] steht zwar ein langer Artikel über: **„Der Konstruktionsfehler der Angestelltenversicherung"**, aber kein Wort über das [illegible] der Internationalen Gewerkschaftsorganisation und über [illegible] Gewerkschaftliche Werbewoche. Natürlich weiß der Vorstand des [illegible], daß eine Werbewoche stattfindet, denn in dem zentralen Rundschreiben Nr. 14 vom 1. September heißt es: [illegible] **Gewerkschaftswoche.**

[illegible] Fall vom 13. bis 19. September findet auf Anregung des [illegible] Gewerkschaftsbundes eine besondere Gewerkschaftswoche in allen dem IGB. angeschlossenen Ländern statt. [illegible] AfA-Bund hat von besonderen Veranstaltungen abgesehen. [illegible] aber unsere AfA.-Ortskartelle, eigene Veranstaltungen [illegible] dieser Gewerkschaftswoche nicht zu treffen, stellen aber [illegible] die, wo Ortsausschüsse des ADGB. besondere Propagandaveranstaltungen einleiten, sich zu beteiligen.

[illegible] Einwendung des AfA.-Vorstandes ist ein Skandal. Der [illegible] hat eine öffentliche Werbearbeit verdammt nötig, denn [illegible] Millionen Angestellte, die entweder gelb oder überhaupt [illegible] organisiert sind. **Die Mitglieder der AfA.-Verbände müssen die Ortsverbände zwingen, dennoch öffentliche Veranstaltungen zu machen** und sich völlig in die Werbewoche [illegible]. Der AfA.-Bund ist dem IGB. angeschlossen. [illegible] Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Werbewoche zeigt, daß [illegible] Beschlüsse der internationalen Organisation Luft sind.

Nürnberger Gewerkschaftskartell wird weiter gewurschtelt

[illegible] Mann hält eine kleine Rede — Man tut nur so, [illegible] man etwas täte — Im tiefen Elend seufzt vergeblich der Prolete

[illegible] Wenscheck und andere, die an sich als Personen nicht [illegible] sind, die aber leider immer noch an der Spitze der [illegible] Gewerkschaften stehen, hatten sich am vergangenen [illegible] den Bezirksleiter Wernicke (Halle) verschrieben, weil [illegible] Sitzung sie an das Ende ihres ärmlichen [illegible] hatte.

[illegible] Wernicke sprach also über das zeitgemäße Thema: „Gewerkschaften und die Wirtschaftskrise." [illegible] oberflächlich. Manchmal gebrauchte er sogar ganz [illegible]. Die Kollegen von der schwarzrotgoldenen [illegible] waren aber damit zufrieden, ja, sie freuten sich sogar, daß [illegible] Spiegelfechter einen großen Teil des Abends ausfüllte. [illegible] sprach von der „Wirtschaftskrise als vorübergehende Er[illegible]". Er behauptete, die Ueberstundenarbeit und [illegible] und zehnstündige Arbeitszeit in einzelnen [illegible] wären ein Zeichen dafür, daß es bald wieder überall [illegible]! In Friedenszeiten hätte man ein stehendes [illegible], deshalb wären damals keine Arbeitslosen vorhanden gewesen, weil wir jetzt kein stehendes Heer haben, deshalb [illegible] viele Erwerbslose herum! Die Annahme des Dawesplanes [illegible] ungeheure Lasten für das Proletariat gebracht. (Und [illegible] ihn mit angenommen!) Man müsse unter allen Umständen [illegible] Absatzgebiete für die Industrie erobern. (Einen fröhlichen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland!) Für die Erwerbslosen könne man vernünftigerweise weiter unternehmen, als Anträge im Reichstage einzubringen! Dann verlar Herr Wernicke noch einige billige Redensarten über die hohen Direktorengehälter in der Industrie und damit hatte sichs.

In der Diskussion hob Hennig hervor, daß es im Reichstage noch eine Arbeitsbeschaffungskommission gäbe, in der Robert Dißmann mitwirke; der könnte allerhand machen! Ferner wären die Gewerkschaften für „Wirtschaftsdemokratie", deshalb trete man für die Arbeitskammern ein, wo sich vernünftige Arbeitgeber mit vernünftigen Arbeitnehmern zusammensetzten. Man lehne unbedingt die Arbeitskammern, die radikale Elemente (zu denen Hennig auch einmal gehörte) fordern, ab! Einige oppositionelle Kollegen zeigten die **Widersprüche der Wernickeschen Rede** auf. Dann hielt „Lügenfritze" vom Baugewerksbund den Moment für gekommen, um wieder einmal einen faulduftenden Schwindel aufzutischen. Er sagte, Bucharin habe in seinem Buche „Der Weg zum Sozialismus" genau dasselbe ausgeführt wie Wernicke, nämlich daß man in den Sozialismus friedlich hineinwachse! Ueber diese kühne Behauptung war natürlich alles paff. Die fortgeschrittenen Kollegen hatten für Fritzchen ein herzhaftes Lächeln, bewies er doch, daß er vielleicht ein tüchtiger Feuerwehrdezernent sein kann (Profit), aber niemals ein Politiker.

Das Schlußwort Wernickes war nur eine wüste Kommunistenhetze, ein einziger frommer Wunsch, daß die verhaßte KPD. endlich untergehen möge. Herr Wernicke versteig sich sogar zu der schon so oft zusammengebrochenen Prophezeiung, daß in einem Vierteljahr von der KPD. nichts mehr zu sehen wäre! Es gab dadurch noch einige Zwischenrufe, die einen neuen Schlager ans Tageslicht brachten. Fritzchen erklärte, daß Kummer-Pohlenz Merseburger Kommunistenführer gewesen sei und als solcher zum Verlassen der Gewerkschaften aufgefordert hätte. Das hat wirklich noch keiner gewußt, daß der Genannte schon einmal Kommunisten führte. **Kummer-Pohlenz wurde nicht ein einziges Mal während seiner „politischen Laufbahn" zu irgendwelchen nennenswerten Sitzungen herangezogen, nicht ein einziges Mal hat er während der illegalen Zeit die „Katakomben" betreten, nicht ein einziges Mal ist er mit Pinsel und Schablone gegangen, um die diversen „Arbeiter! Spartakus hält noch" anzubringen.** Kummer-Pohlenz war Nachläufer der Kommunisten, weiter nichts!

Der zweite Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit der Abrechnung über das Gewerkschaftsfest. Es wurde beschlossen, von dem Ueberschuß

50 Mark den englischen Bergarbeitern

und 65 Mark der Arbeiter-Wohlfahrt zu überweisen, die Rote Hilfe ging leer aus.

Dann beschäftigte man sich mit den Krankenkassenwahlen, die im Oktober stattfinden. Fritzchen erklärt rund heraus, daß das Kartell eine Liste aufstellt, eine rein reformistische natürlich, und daß keine Partei hineinzureden hätte. Die oppositionellen Kollegen verlangten aber dennoch Hinzuziehung von KPD. und SPD., um eventuellen Mißhelligkeiten aus dem Wege zu gehen. Wenscheck ließ sich nicht belehren, er will unbedingt einen Keil in die Merseburger Arbeiterschaft treiben! Auch bei der Verlesung des Protokolls zeigten sich diese nichtsnutzigen Absichten. Hier hatte Lügenfritze in den Schriftsatz hineinlenciert, daß der Rote Frontkämpfer-Spielmannszug zu 90 Prozent gewerkschaftlich unorganisiert wäre, eine Behauptung, die nur ein ganz gerissener Gauner aufstellen kann!

Für die **Internationale Gewerkschaftswoche** wurde eine öffentliche Werbeversammlung beschlossen, ohne Diskussion natürlich, nach dem Muster der ernsten Bibelforscher! Für eine gründliche **Hausagitation** hat das Kartell **nichts übrig!** Unsere Genossen stellten dementsprechende Anträge, aber Wenscheck wollte nichts davon wissen. Es kommt den Reformisten eben nur darauf an, eine Versammlung zu veranstalten, damit es so aussieht, als ob man seine Pflicht getan hätte. Hennig, der übrigens einen Antrag einbrachte, daß Fritzchen gegen den „Klassenkampf" eine Klage wegen des letzten Kartellberichtes anstrengen solle, äußerte sogar, **daß die Arbeiter, die jetzt nicht gewerkschaftlich organisiert sind, bleiben könnten, wo der Pfeffer wächst!**

Arbeitskollegen, Gewerkschafter! An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen — darum hinein in die Gewerkschaften! **Kampf gegen die korrupten Führer!**

Es lebe der proletarische Klassenkampf in und mit den Gewerkschaften!

Die mitteldeutsche Erwerbslosenkonferenz zugunsten der Gewerkschaftswoche auf den 26. Sept. vertagt

Erwerbslose, Betriebs- und Gewerkschaftskollegen!

Wir haben von der für den 12. September angesetzten Bezirks-Erwerbslosenkonferenz Abstand genommen und berufen sie statt dessen auf den 26. September ein.

Obwohl schon viele Delegierte, Erwerbslose wie Betriebstätige, gewählt sind, fühlen wir uns zu dieser Verschiebung veranlaßt, um keinesfalls der vom 11. bis 19. September vom IGB. Amsterdam angesetzten

Internationalen Gewerkschaftswoche

Abbruch zu tun. Die gerade für den 12. September von verschiedenen Verbänden oder Kartellen angesetzte großjährige Hausagitation und Versammlungen erfordern die Mitwirkung aller Kräfte. Wir fordern deshalb die erwerbslosen Gewerkschaftskollegen auf, sich mit voller Kraft an dieser für unsere ganze Klasse so wichtigen Arbeit zu beteiligen. Wir fordern sie auf, in der Werbewoche zu beweisen, daß die heutige ADGB.-Führung absolut mit Unrecht die Erwerbslosen durch Nichtanwahme von bisher unorganisierten Erwerbslosen und Nichtherstellung einer engen Verbindung mit den Betriebstätigen als Arbeiter zweiter Klasse behandelt! Wir fordern Euch auf, an den Stempelstellen, auf allen Arbeitsnachweisen intensivste Gewerkschaftspropaganda zu betreiben.

Die Bezirks-Erwerbslosenkonferenz findet bestimmt am

26. September, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark" zu Halle

statt. Wir haben den Beginn der Zugverbindungen wegen eine Stunde später angesetzt, als ursprünglich geplant, und erwarten deshalb pünktliches Erscheinen.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß wegen der notwendigen engen Zusammenarbeit mit den betriebstätigen Kollegen und Kolleginnen und mit den Gewerkschaften wir auch ihre Vertreter (Betriebsräte) recht zahlreich erwarten.

Die bereits vollzogenen Wahlen bleiben bestehen. Als

Delegationsmodus

hat der Bezirksausschuß festgelegt: Bis zu 100 Erwerbslosen ein Delegierter, bis 200 Erwerbslosen zwei Delegierte, über 1000 Erwerbslose drei Delegierte.

Die Unkosten für die Delegationen sind durch freiwillige Beiträge (Sammlungen) zu tragen.

Sämtliche Delegierte sind bis spätestens zum 18. September dem Bezirks-Erwerbslosenausschuß mitzuteilen, nach Beruf, gewerkschaftlicher und politischer Organisationszugehörigkeit und mit der Angabe, durch wen sie delegiert worden sind.

Kollegen und Kolleginnen! Nutzt die vierzehn Tage noch aus, damit die Konferenz am 26. September uns einen Schritt vorwärts bringt!

Der Bezirks-Erwerbslosenausschuß.

V. A.: gez. Friedrich Hecht, Weißenfels, Marienstr. 48.

Holzarbeiterverband Halle für engste Verbindung des ADGB. mit den Erwerbslosen

100 Mark für die englischen Bergarbeiter

Leider verspätet geht uns folgender Bericht über die am 23. August stattgefundene Mitgliederversammlung der Holzarbeiter zu.

Ein Kollege vom Verkehrsbund referierte über den **Streik der englischen Bergarbeiter.** Er zeigte auf, wo die Fehler des englischen Generalrates und das schwere Versagen der deutschen Gewerkschaftsführer liegt, und daß die Arbeiterschaft in den Gewerkschaften mit aller Aktivität arbeiten muß, um eine internationale Klassenfront und in Deutschland die Schaffung von Industrieverbänden herbeizuführen. Er appellierte an die Kollegen, für größtmöglichste finanzielle Unterstützung der Bergarbeiter zu wirken. Ein sich an das Referat anschließender Antrag, 100 Mark aus der Lokalkasse zu bewilligen, fand einstimmige Annahme.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde einstimmig die **Wiederaufnahme des Kollegen Heinrich, Halle,** in den Verband beschlossen.

Sodann referierte Kollege Müller über Entstehung und Ausbau der Lokalsterbekasse und empfahl den Kollegen den Beitritt, der durch die Kassierer vorgenommen wird und einen Beitrag von 20 Pfennig pro Sterbefall bedingt.

Die in einem Schreiben des **Erwerbslosenausschusses Halle** geforderte Einsetzung des Verbandes dafür, daß **der ADGB. Halle regelmäßig Erwerbslosenversammlungen** veranstaltet, wurde bei einigen Stimmenthaltungen angenommen und ferner beschlossen, **für die erwerbslosen Kollegen den Beitrag zum Gewerkschaftsfest am 29. August aus der Lokalkasse zu zahlen.**

Lob der Gewerkschaftsführer durch den Reichsverband der Industrie

Auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes deutscher Industrie führte der Generaldirektor Silverberg u. a. folgendes aus:

„... Wie dem aber auch sei, es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen — ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien — sich **große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernsthaft mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen.** Dankbar sei auch an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht."

Das Lob der Klassenfeinde, der kapitalistischen Scharfmacher in Deutschland, spricht für sich. Es ist schlimm um die Arbeiterklasse bestellt, wenn ihre Organisationen, wenn die freien Gewerkschaften, die Millionen Arbeiter umfassen, von den Unternehmern nicht gefürchtet werden. Um so mehr muß jeder mithelfen, daß es wieder anders wird.

Die Ergebnisse des Washingtoner Abkommens

Die „Bergwerkszeitung", das Organ der Schwerindustrie, untersucht die Auswirkungen, die das Washingtoner Abkommen auf die tatsächliche Arbeitszeit in Deutschland haben wird. Sie meint, der Entwurf eines deutschen Arbeiterschutzgesetzes (das auch die Frage der Arbeitszeit behandelt) ermögliche nunmehr die Ratifikation des Abkommens. Der vorliegende Entwurf ist in Fragen der Arbeitszeit so dehnbar wie Kauschuk. Nach seinen Bestimmungen kann letzten Endes 12 und 15 Stunden gearbeitet werden, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen. Wenn ein derartiger Kauschuk-Gesetzentwurf schon seine Ratifizierung ermöglicht, so kann die Arbeiterschaft ersehen, welchen Schutz sie von dem Washingtoner Abkommen zu erwarten hat.

Wichtiger und interessanter sind die Mitteilungen der „Bergwerkszeitung" über jene fünf Länder, die bereits das Washingtoner Abkommen ratifiziert haben. Da nach der Meinung des ADGB. die Unterschrift der deutschen Regierung unter das Washingtoner Abkommen den deutschen Arbeitern automatisch den Achtstundentag bringt, so mußten wir in den Ländern, die dem Washingtoner Abkommen bereits beigetreten sind, in bezug auf die Arbeitszeit also mustergültige Bedingungen vorfinden. Da ist zunächst Bulgarien. Hier ist der Achtstundentag nur bei einem Teil der Industrie durchgeführt, aber in den Teilen, wo er eingeführt ist, wollen die Unternehmer ihn wieder abschaffen unter Berufung auf die „Konkurrenz benachbarter Länder". Da ist ferner **Griechenland.** In diesem Lande ist die gesamte metallerzeugende und metallverarbeitende Industrie, das Baugewerbe mit allen Nebenindustrien, die gesamte Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, Chemische Industrie, Holzindustrie, das Transportgewerbe usw., noch ohne jede gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. In **Rumänien** ist die Lage ebenso. Dort liegt seit 1924 (!) dem Parlament ein Arbeitsgesetzentwurf vor, der bisher infolge Zeitmangels (!) noch nicht behandelt werden konnte und dessen Verabschiedung noch höchst ungewiß ist. Dann kommt die **Tschechoslowakei.** Diese hat, man staune, ein dem Washingtoner Abkommen entsprechendes 8-Stunden-Tag-Gesetz eingeführt. Aber sie hat bald nach Erlaß des Gesetzes ein neues Gesetz herausgebracht, daß für etwa 100 (!) der wichtigsten Industrien die 56-Stunden-Woche einführt. Außerdem wird jetzt bekannt, daß die tschechoslowakische Regierung im Jahre 1925 rund fünfmal soviel Ueberstunden bewilligte als im Jahre 1921; insgesamt wurden im Jahre **1625 fast 15 Millionen Ueberstunden den Unternehmern zugeblitzt.** (Hierzu kommen noch die den Arbeitern ohne Bewilligung abgepreßten Ueberstunden.) Schließlich kommt **Britisch-Indien,** dessen Landesregierung folgs mitteilt, es hätte die im Washingtoner Abkommen vorgesehene Arbeitszeit „in die Landesgesetzgebung übernommen". Allerdings hat die Regierung vergessen beizufügen, daß das Washingtoner Abkommen für Britisch-Indien eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 (!) Stunden ausdrücklich zugesteht, sie hat ferner vergessen mitzuteilen, daß die 60-Stunden-Woche nur für Betriebe gilt, die mehr als 20 Personen beschäftigen, für kleinere Betriebe steht die Arbeitszeit im Belieben der Unternehmer.

Soweit die bisherigen „Erfolge" des Washingtoner Abkommens. Es kann selbstverständlich niemand etwas gegen die Unterzeichnung dieses Abkommens haben, das theoretisch eine obere Grenze der Arbeitszeit festlegt. Nur gegen eins muß man sich zur Wehr setzen: gegen die Auffassung bestimmter Gewerkschaftskreise, als ob die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens die Einführung des 8-Stunden-Tages in Deutschland zur Folge hätte. Wie die oben angeführten Berichte aus sämtlichen Ländern, die bisher das Abkommen unterzeichnet haben, zeigen, **bietet die Unterschrift einer Regierung unter das Abkommen noch nicht einmal eine Gewähr für die Durchführung der Washingtoner Kauschukbestimmungen.** Mit oder ohne Washington, der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird den deutschen Arbeitern nicht erspart bleiben. Die Gewerkschaften täten besser daran, wenn sie anstatt bei ihren Mitgliedern unnötige Illusionen über die Einführung des Achtstundentages durch „internationale Abkommen" zu erwecken, durch Organisierung und Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft die realen Voraussetzungen schaffen würden für eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Fort mit dem Ueberarbeitszeitabkommen!

Die Verlängerung des Ueberarbeitszeitabkommens ist ein Verrat an dem Proletariat und der Internationale.

Das Ueberarbeitszeitabkommen verurteilt Hunderttausende von Bergarbeitern mit ihren Angehörigen zum Hungertode!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Nietleben. Alle Arbeiter und Parteigenossen beteiligen sich am Mittwoch am Empfang der Roten Marine. Abmarsch ½7 Uhr von der „Sonne".

Ammendorf. Donnerstag, 9. Sept., abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Beginn des Gewerkschaftskursus.

Sennewitz. Donnerstag, 9. Sept., abends nach Schluß der Gemeindevertretersitzung wichtige Mitgliederversammlung im „Adler". Alles hat zu erscheinen.

Wettin. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, im „Kleinen Schweizerling". Referent ist anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Sitzung der Orgabteilung mit Instrukteuren am Donnerstag, 9. Sept.

Schkeuditz. Der Gewerkschaftskursus am Mittwoch fällt aus. Neuer Termin wird bekanntgegeben.

Geiseltal. Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, in Neumark in Schumanns Gasthof letzter Kursusabend. Zahlreiche Beteiligung erwartet die UBL.

Unterbezirk Delitzsch

Güntheritz. Mitgliederversammlung Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Schröter.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wolfen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 8. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Heese. Alles hat zu erscheinen. Referent der BL. ist anwesend.

Friedersdorf. Mitgliederversammlung Donnerstag, 9. September, abends 8 Uhr, bei Günther. Alles hat zu erscheinen. Referent der BL. ist anwesend.

Piesteritz. Versammlung aller Straßenzellen Mittwoch, 8. September, 8 Uhr, im „Schützenhaus". Referent Gen. Hans Schröter.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Thema: Die Rußland-Frauendelegation. Ref. Gen. Frieda Lehmann, Halle.

Prieschka. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Lademann, M. d. L.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Gewerkschaftskursus am Mittwoch, 8. September, abends ½8 Uhr, in der Schuhmacher-Herberge.

Weißenfels. Stadtdelegiertenkonferenz am Donnerstag, 9. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Referent Genosse Schröter.

Kreischau. Mitgliederversammlung Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Referent Genosse Guljahr.

Streckau-Luckenau. Mitgliederversammlung Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Luckenau. Referent der UBL. ist anwesend.

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Genossen! Rüstet zum Internationalen Jugendtag, der am 12. September in Bitterfeld stattfindet.

Die Jugendtag-Plakate sind den Unterbezirksleitern zugegangen. Alle Ortsgruppen werden angewiesen, sie daselbst anzufordern. BL.

Mitteilungen der BL.

Nachfolgende Ortsgruppen werden hiermit angewiesen, sofort die fälligen Monatsberichtbogen bei der BL. einzusenden: Eisleben, Stedten, Gerbstedt, Kreischau, Granschütz, Greppin, Düben, Wittenberg, Piesteritz, Reinsdorf, Elsterwerda, Hohenleipisch, Dommitzsch, Schladitz. Alle Genossen obiger Ortsgruppen müssen von dem Vorsitzenden die sofortige Einsendung der Berichtbogen verlangen.

Bezirksleitung. Donnerstag, pünktlich 8 Uhr, im Jugendbureau Bezirksleitungssitzung. Jeder muß erscheinen. (Arbeitsverteilung für Sonntag.)

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Mittwoch Beteiligung an der Demonstration. Treffpunkt der gesamten Organisation 7 Uhr Weingärten.

Halle. Gruppe Süd. Donnerstag, 8½ Uhr, Loests Hof, Gruppenabend.

Halle. Achtung, erwerbslose Jugendgenossen. Mittwoch, nachm. 4 Uhr, im Jugendbureau kurze wichtige Besprechung.

Halle. Donnerstag, ½8 Uhr, Musikspieler in Jugendherberge Musikübungsstunde.

Gruppe Zentrum. Freitag, ½8 Uhr, Lokal Boese, Bergstraße 4, Mitgliederversamml.

Gruppe Nord. Freitag, ½8 Uhr, „Volkspark" Gruppenabend. Freitag letzter Einzahlungstermin.

Gruppe Westen. Freitag, 10. Sept., 8 Uhr, Jugendherberge Weingärten Unterhaltungs- und Liederabend mit Jung-Front. Regelung der Fahrt nach Bitterfeld. Fahrgeld mitbringen.

Ammendorf. Mittwoch, 8. Sept., beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe an der Kundgebung in Halle.

Unterbezirk Merseburg

Die Teilnehmer am Jugendtag fahren Sonnabend mittag 1.07 Uhr ab Merseburg und Sonntag vorm. 7.01 Uhr. Die Meldungen müssen bis Donnerstag, 9. Sept., an die UBL Merseburg-Querfurt, Buchhandlung, Markt 7, an Genossen R. Schmidt geschehen. Fahrpreis ab Merseburg 1,50 Mark.

Lützen. Mittwoch, 8. Sept., abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Merseburg. Mittwoch, 8. Sept., abends 6 Uhr, Antreten zur Demonstration, nachdem Gruppenabend im Kloster. Regelung der Bitterfelder Fahrt.

Merseburg. Sonnabend, 11. Sept., Abfahrt zum Jugendtag mittags 1.07 Uhr nach Bitterfeld. Nachzügler Sonntagmorgen 7.01 Uhr.

Querfurt. Mittwoch, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung. Alle Genossen, welche nach Bitterfeld fahren, müssen unbedingt erscheinen.

Querfurt. Freitag, abends 8½ Uhr, im „Schützenhaus" Theaterprobe zum Werbeabend in Sandersdorf. Nur die Teilnehmer am Jugendtag.

Querfurt. Sonnabend, 10 Uhr vorm., treffen sich alle Genosse, welche mitfahren, am Bahnhof.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, abends ½7 bis 8 Uhr, Musikprobe; 8 bis 10 Uhr Theaterprobe im Volksheim Piesteritz.

Wittenberg. Donnerstag, 7 Uhr, Generalprobe im Gewerkschaftshaus Wittenberg. Annaburg und Ploßig müssen sofort die Teilnehmerzahl zum Internationalen Jugendtag nach Wittenberg melden.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Mückenberg. Mittwoch, 8. Sept., abends ¾8 Uhr, am Bahnübergang Antreten zum Besuch des Bockwitzer Gruppenabends.

Mückenberg. Donnerstag, 9. Sept., Abendwanderung.

Bockwitz. Mittwoch, 8. Sept., Gruppenabend gemeinsam mit Mückenberg.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Mitteilungen d. Distriktsleitung. Genossen! Spart zum Jugendtag in Bitterfeld. Ab Zeitz beträgt das Fahrgeld etwa 3 Mk. Einzahlungen b. d. Kassiererin.

Weißenfels. Donnerstag, ½8 Uhr, im neuen Jugendheim (Langendorfer Straße) öffentlicher Gruppenabend. Referent Genosse Fritz, Halle.

Weißenfels. Freitag, ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Keller) letzter Tag der Fahrgeldabgabe. Wer dort nicht bezahlt, kann nicht mitgenommen werden.

Weißenfels. Sonnabend, nachm. ¾2 Uhr, Antreten am Rosalskyweg zur Fahrt nach Bitterfeld. Das Auto fährt Punkt 2 Uhr ab.

Zeitz. Donnerstag, 9. September, abends 8 Uhr, Beteiligung an der Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend im Jugendheim.

Zeitz. Freitag, 10. Sept., Vortrag über Sexualfragen der Jugend.

Unterbezirk Mansfeld

Sämtliche Ortsgruppen, die sich der Ortsgruppe Eisleben anschließen zur Fahrt nach Bitterfeld, müssen bis 8. September das Fahrgeld an die Ortsgruppe Eisleben abgeliefert haben. Das Fahrgeld beträgt 3,10 Mk. ab Eisleben Hin- u. Rückfahrt.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bitterfeld. Mittwoch, 6 Uhr abends, Gruppenabend. Alle Pioniere und Jugendgenossen müssen erscheinen.

Halle. Am Mittwoch beteiligen wir uns am Fackelzug der Partei. Bereitet alles vor und bringt Eure Schulkameraden mit. Alles Nähere noch in der Zeitung.

Achtung! Bis Freitag, 10. September, muß das Fahrgeld für Bitterfeld bezahlt sein. Sorg für eine starke Beteiligung.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Ammendorf. Donnerstag, 9. Sept., abends 8 Uhr, Funktionärsitzung.

Zeitz. Mitgliederversammlung am Donnerstag, 9. September, abends ½8 Uhr, in der „Herberge". Thema: Rechtsschutz und Gerichtsverfahren. Referent Genosse Grabow, Halle, aus der Rechtsauskunftsstelle des „Klassenkampf". Alle Mitglieder der RH. und Sympathisierende sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Oeffentliche Kundgebungen für die streikenden englischen Bergarbeiter. Referent Frank Ayrers:

Roitzsch. Donnerstag, 9. Sept., abends 8 Uhr, in der „Grünen Tanne".

Weißenfels. Freitag, 10. Sept., abends 10 Uhr, im Stadttheater.

Hettstedt. Sonnabend, 11. Sept., abends ½8 Uhr, im „Hohenzollernpark".

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 8. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle. Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Kameraden, organisiert die Fahrt nach Torgau. Letzter Einzahlungstermin Sonntag, 12. September.

Untergau Halle-Saalkreis

Zur Demonstration am Mittwoch sind noch Fackeln ab 7 Uhr auf dem Thielenplatz erhältlich.

Am Sonntag, dem 12. September, vormittags 10 Uhr, findet in der „Goldenen Kette" eine Untergaukonferenz statt. Jede Ortsgruppe des Saalkreises hat unbedingt einen Delegierten zu entsenden.

Mittwoch, 8. September, treten die Kameraden auf folgenden Sammelplätzen an:
Süden: ½8 Uhr Johannesplatz,
Westen: 7 Uhr Weingärten.
Norden: ½8 Uhr Wettiner Platz,
Zentrum: ½8 Uhr Paradeplatz,
Osten: ½8 Uhr Hollnstraße.

Halle, Abt. 1, Osten. Mittwoch, 8. Sept., ½8 Uhr, am Parkplatz (Dorotheenstraße) Abmarsch.

Werbebezirk Dölau. Mittwoch, 8. Sept., nimmt der gesamte Werbebezirk Dölau an der öffentl. Kundgebung in Halle teil. Treffpunkt 7¼ Uhr Hettstedter Bahnhof.

Ammendorf. Mittwoch, 8. September, 7 Uhr, steht die gesamte Ortsgruppe am Eierplatz zum Abmarsch nach Halle. Empfang der Roten Marine-Delegation.

Bölberg-Wörmlitz. Mittwoch, 8. September, abends 7 Uhr, Antreten Sammelplatz.

Eisleben. Donnerstag, 8. Sept., 8 Uhr, in Beinhorns Lokal Mitgliederversamml. Referent der Gauleitung anwesend.

Ammendorf. Freitag, 10. Sept., abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" außerordentliche Generalversammlung. Restloses Erscheinen erwünscht.

Jungfront

Die Jungfront tritt am Mittwoch bei ihren Abteilungen mit an.

Halle, Abt. 2, Süden. Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Pflichtversammlung. Funktionäre eine Stunde früher.

Halle, Abt. 3, Westen. Freitag, 10. Sept., abends 8 Uhr, in der Jugendherberge (Weingärten) Unterhaltungsabend mit der KJ. Letzte Regelung der Fahrt nach Bitterfeld. Fahrgeld mitbringen.

Untergau Merseburg

Die Kameraden der Jungfront beteiligen sich am Sonntag, 12. September, restlos am Internationalen Jugendtag in Bitterfeld. Kameraden, die Sonnabend fahren, sind um 1 Uhr mittags, die Sonntag fahren sind vor 7 Uhr am Bahnhof Merseburg. Kameraden, welche mit Jugendfahrschein fahren wollen, schicken 1,50 Mk. Fahrgeld und 20 Pf. für Teilnehmerkarte bis Donnerstag an Komerad Richard Schmidt, Merseburg, Neumarkt 64.

Sonntag, 12. September, vorm. 9 Uhr, findet in Merseburg eine Untergaukonferenz in der „Stadt Leipzig" statt. Jede Ortsgruppe muß einen Delegierten entsenden. Fragebogen mitbringen.

Merseburg. Mittwoch, 8. September, 3.30 Uhr, Abfahrt per Auto. Spielmannszug und alle Kameraden, welche Zeit haben, fahren mit. Punkt 6 Uhr abends steht die gesamte Ortsgruppe auf dem Roten Markt. Empfang der Roten Marine. Ab 6 Uhr Umzug zum Marktplatz zur öffentlichen Kundgebung.

Lützen. Freitag, 10. Sept., abends 8 Uhr, Abmarsch am Bürgergarten. Jeder Kamerad hat daran teilzunehmen.

Untergau Bitterfeld

Sämtliche Kameraden des Untergaues beteiligen sich zum Internationalen Jugendtreffen in Bitterfeld. Alle Kameraden müssen Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Bitterfelder Gesellschaftshaus erscheinen.

Bitterfeld. Donnerstag, 9. Sept., 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Pflichtversamml.

Brehna. Freitag, 10. September, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Erholung Pflichtversammlung. ½8 Uhr Vorstandssitzung.

Untergau Delitzsch

Gleßen. Mittwoch, 8. September, abends 8½ Uhr, öffentliche Werbeversammlung im Gasthof Reichsauer.

Mittwoch, 8. September, ½8 Uhr, tritt die Ortsgruppe geschlossen mit Spielmannszug an am Gasthof Naue zur Werbeversammlung.

Gleßen. Freitag, 10. September, treffen sich alle Spielleute abends 7 Uhr mit Instrumenten bei Kamerad Schatz. Wichtige Besprechung.

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Mittwoch, 8. Sept., 8 Uhr, im „Herrenkrug" außerordentl. Versamml. Der Untergau Sangerhausen beteiligt sich geschlossen am Sonntag, 12. September, am Roten Tag in Allstedt. Alle anderen Versammlungen finden nicht statt.

Oberröblingen (Helme). Freitag, 10. September, Werbeabend verbunden mit Demonstration. Nachdem in „Schenkels Restaurant Aufführung des Films „Panzerkreuzer Potemkin". Die Ortsgruppen des Untergaues haben Punkt 7 Uhr zu erscheinen.

Sangerhausen. Freitag, 10. Sept., läuft in Oberröblingen (Helme) der Film „Panzerkreuzer Potemkin". Jeder Kamerad hat den Film anzusehen. Geschlossener Abmarsch pünktlich 6 Uhr.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Zu der am 10. September stattfindenden öffentlichen Versammlung für die englischen Bergarbeiter ist es Pflicht, daß alle Kameraden erscheinen.

Weißenfels. Jungfront. Mittwoch, 8. September, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtige Mitgliederversammlung.

Weißenfels. Freitag, 10. Sept., abends 7 Uhr, Antreten am Rosalskyweg mit Spielmannszug.

Weißenfels. Sonntag, 12. Sept., 10 Uhr vorm., Antreten zum Roten Tag nach Teuchern (Rosalskyweg).

Hohenmölsen. Freitag, 10. Sept., abends 8 Uhr, bei Rupsch Mitgliederversamml.

Untergau Zeitz

Zeitz. Sonntag, 12. Sept., beteiligt sich die Ortsgruppe am Roten Tag in Teuchern. Abfahrt der Spielleute Sonnabend, 11. Sept., nachm. 3.17 Uhr. Sammelplatz der Ortsgruppe Sonntag, vorm. 9 Uhr, Wasservorstadt.

Rasberg. Freitag, 10. Sept., Mitgliederversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Empfehlenswerte Literatur

der **Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14** und deren auswärtigen Filialen

Neue Bücher für den Arbeiter

Der englische Bergarbeiterstreik und die Arbeiter der Sowjet-Union	0,40
Losowsky: **Die Lehren des Generalstreiks in England**	0,30
John Pepper: **Der Generalstreik und der Generalverrat in England**	0,60
Heinz Neumann: **Der ultralinke Menschewismus**	0,30
Internationaler Jugendtag. Rüstzeug, Heft 15	0,60
Der internationale Jugendtag in Wort und Bild	0,15
Klara Zetkin: **Die Bedeutung der aufbauenden Sowjet-Union für die deutsche Arbeiterklasse**	0,60
Heinrich Wandt: **Etappe Gent.** Neue Auflage	2,50
H. O. Henel: **Eros im Stacheldraht**	2,50
Bykow: **Das Ende des Zarengeschlechts**	0,75
Abusch: **Der Kampf vor den Fabriken**	0,80

Sowjetsterne und Runen in allen Größen und Preislagen

Bekanntmachungen

Die Ausführung der Pflasterarbeiten in der Clingesteinstraße soll verdungen werden, wozu Termin auf **Montag, den 13. September 1926, vorm. 9 Uhr** im II. Verwaltungsgebäude, Zimmer 14 (Stadtbauamt) anberaumt ist.

Die Bedingungen sind vorher während der Dienststunden im Stadtbauamt einzusehen und Angebotsformulare gegen Erstattung der Schreibgebühr in Empfang zu nehmen.

Eisleben, den 7. September 1926
Der Magistrat

Nachdem die **Maul- und Klauenseuche in Helfta erloschen** ist, wird das durch unsere viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 5. August d. J. aus dem Stadtkreis Eisleben gebildete Schutzgebiet hiermit aufgehoben

Eisleben, den 4. September 1926
*3241 **Die Polizeiverwaltung**

Wegen der Absteckungsarbeiten zum bevorstehenden **Wiesenmarkt** werden das Fußballspiel und andere Spiele auf der Wiese bis auf weiteres untersagt

Eisleben, den 2. September 1926
*3240 **Die Polizei-Verwaltung**

Astoria-Lichtspiele, Delitzsch
Ab Donnerstag, 9. b. einschl. 13. Sept.
Panzerkreuzer Potemkin *3247
Im Beiprogramm:
Die Todesfahrt i. Kanada-Expreß

Alle Parteischriften empfehl. die **Volksbuchhandlungen**

Stadt-Theater
Heute Mittwoch 8 Uhr
Juarez u. Maximilian
Donnerstag, 8 Uhr
Der Freischütz

Lederjohlen Gummiabsätze billig bei 142
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Schlafstelle zu verm. Torstraße 51, I links

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten

Morgen Donnerstag **Schlachte-Fest**
Adolf Schumann, Zeitz, 1094 Kramerstraße 12.

Werbt f. d. Klassenkampf

Walhalla
8 Uhr Tel. 8385
Des großen Andranges wegen, der während des **Gastspiels Bella Siris** an der Abendkasse herrscht, bitten wir das geehrte Publikum, sich an der von 11 Uhr an ununterbrochen geöffneten Tageskasse zu sichern. Telephonische Bestellungen werden angenommen *3.45
Auftreten Bella Siris
— 9 Uhr —
Dazu:
Das große Varietéprogramm

Zoologischer Garten
Donnerstag, 9. Septbr., nachm. 4 Uhr
KONZERT
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Konzertmstr. Franz W...
Abends 8 Uhr
KONZERT
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Ltg.: Benno Pläß

Modernes Theater
Das führende Tanz-Kabarett
Direkt. Ferry Rofen
Kasernenhof-blüten
Der große Lachschlager
Moja Bach
und der
große Spielplan
Donnerstag:
Tanz-Abend
Eintritt auf allen Plätzen 50 Pf.

Wir suchen zum sofortigen Antritt eine gut arbeitende
Stenotypistin
Selbige muß perfekt in Stenographie, Buchführung und allgemeiner Bureauarbeit sein. Bewerber müssen politisch und freigewerkschaftlich organisiert sein. Schriftliche Angebote mit der Bezeichnung „Bewerbung" unter Angabe des Alters sind bis Sonnabend, 11. 9. zu richten an
Bezirksvorstand „Rote Hilfe" Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14

von Mk. 2,— an
C. Klappenbach &
Halle a. d. S., Große Ulrichstr.

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen e

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Di

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0004

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 14 – Mittwoch, den 8. September 1926

irtschaftsprobleme und Landeskongreß für Werktätige in Mitteldeutschland

Halle, den 8. September.

ige Wochen trennen uns noch vom Landeskongreß der Werk-gen. Es ist daher Zeit, die besonderen Fragen, die an die deutsche Arbeiterschaft herantreten werden, von umfassenden spunkten aus zu behandeln. Der Kongreß der Werktätigen seine Vorbereitungen stehen im Zeichen der praktischen Arbeit. Fundament dieser Arbeit muß in der Aufstellung und in der dung unseres Wirtschaftsprogramms stehen, das wir dem schaftsprogramm der Ausbeuterklasse entgegenstellen müssen.

m ganz besondere Bedeutung hat unsere Vorarbeit zur Landes-renz der Werktätigen Mitteldeutschlands.

shalb?

fach deshalb, weil Mitteldeutschland oder genauer gesagt, Wirtschaftsgebiet des Bezirks Halle-Merseburg mit den an-zenden Randgebieten heute in Deutschland der Ort der Um-ung der kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnisse den ist.

Die Herrschaft des Trustkapitals

gibt kaum ein zweites Gebiet in ganz Deutschland, wo ein er Trust eine solche Anzahl von Riesenwerken besitzt und wo Macht des Trustkapitals sich in solchem unheimlichen Tempo nen würde, wie Mitteldeutschland. Der Chemietrust, die Farbenindustrie verschlingt ein Werk nach dem anderen, reißt tionsmittel, Naturschätze, Erfindungen der Wissenschaft nach-er an sich und ist im Begriff

ganz Mitteldeutschland in eine einzige Werkstätte zu verwandeln.

Die Enteignung der Werktätigen

Herrschaft des Trustkapitals richtet sich selbstverständlich in Linie gegen die Industriearbeiterschaft, gegen die schaffenden in den Leunawerken, in den Giftbuden der Griesheim-werke, Agfa-Wolfen, Piesteritzer Stickstoffwerke, gegen die s in den Braunkohlengruben, gegen die Lohnsklaven des d-Konzerns. Es wäre aber ein großer Irrtum, zu glauben, Industriearbeiterschaft allein die Kosten der schranken-usdehnung des Trustkapitals zu bezahlen hat. Der Raubzug emietrusts richtet sich gegen das gesamte werktätige Volk, Eigentum die staatlichen Werke, die Naturschätze des Bodens

Programm des Trustkapitals: Entstaatlichung

bezeichnendes Beispiel für die Ziele der Trustwirtschaft bietet hebung, durch welche die J. G. sich praktisch in den Besitz der er Stickstoffwerke gesetzt hat. Diese bildeten bis vor kurzem eigentum. Der Chemietrust hat in Gemeinschaft mit den chen Stickstoffwerken A.-G." die Piesteritzer Werke gegen geld von jährlich 4 Millionen Pachtgeld vom Staat ge-um dort Werte im Ausmaß von 40 Millionen zu produ-daraus Profite zu erzielen, deren Ausmaß der Oeffent-unbekannt bleiben soll. Die Zahl der Belegschaft soll aber Produktionsumstellung auf die Hälfte verringert werden. ten Tagen hat der Chemietrust die Interessengemeinschaft mit Riebeck-Montanwerken erzwungen. Die kleinkapita-Aktionäre der Riebeck-Montan A.-G. behaupten, daß sie J. G. enteignet wurden. In Wirklichkeit sind nicht die pitalisten, sondern die werktätigen Massen entschädigungslos worden, die allein das Recht auf die Naturschätze, auf die ert Jahre ausreichenden Braunkohlenvorräte haben, welche die Aktionäre der Riebeck-Montan A.-G. ausbeuteten.

die Frage der Braunkohlenverflüssigung, der ung von künstlichem Benzin zum ersten Male auftauchte, gab ußische Regierung eine Erklärung ab, wonach dieser roduktionszweig unter staatliche Kontrolle gestellt werden Heute läßt die Braun-Severing-Regierung nichts von sich trotzdem es ein offenes Geheimnis ist, daß der Chemietrust senfabrik für die Kohlenverflüssigung baut.

die Energiewirtschaft soll entstaatlicht werden

unerschöpflichen Braunkohlenreserven Mitteldeutschlands hen einen großzügigen Aufbau der Elektrizitätswirtschaft. re leicht möglich durch Nationalisierung der Braunkohlen-die mitteldeutschen Großkraftwerke, die zum Teil Staats-m, so auszugestalten, daß die Kosten für elektrisches Licht Preise der elektrischen Bahnen bedeutend herabgesetzt und dadurch die Lebenshaltung der gesamten arbeitenden rung herabgesetzt wird.

dessen dringen die großen Trusts, der rheinisch-westfälische in Westdeutschland, der Chemietrust und der in Bildung ne Elektrotrust auf eine Entstaatlichung der gesamten irtschaft, die zur selbstverständlichen Folge die Verteuerung ise für Strom und Licht haben würde.

ung des Trustkapitals — Elend der Land-ölkerung und der kleinen Geschäftsleute

Erweiterung des Leunawerks, der Bau der neuen Kohlen-ungswerke gehen vor sich, indem Hunderte und Tausende einen Existenzen dem Elend preisgegeben werden. **Ganze sollen niedergerissen werden** und die Entschädigung, die wird, steht nicht im geringsten Verhältnis zu den Verlusten, Bevölkerung der betreffenden Dörfer zu erleiden hat. rkkonsumvereine bedeuten den Ruin der kleinen Geschäfts-da die Arbeiterschaft mit billigen Lebensmitteln zu ver-

diesen einzelnen Kategorien führt aber die Massenerwerbs-zur Verschärfung der gesamten Wirtschaftskrise, zur Unter-der Kaufkraft, zum Ruin der Gewerbetreibenden und kleiner Existenzen, deren Wohl und Wehe mit der Wirt-der Arbeiterschaft aufs engste verbunden ist.

Mitteldeutschland eine neue Kolonie

Das deutsche Kapital besitzt einstweilen keine Kolonien. Deshalb versucht das imperialistische Trustkapital sich die Extraprofite aus den Werktätigen in Deutschland selbst herauszupressen. Mitteldeutschland soll einen Ersatz für die Kolonien bieten. Die Arbeiter sollen hier in Kolonialsklaven verwandelt werden, die bei beispiellos niedrigen Löhnen Milliardenwerte schaffen und so das deutsche Kapital für die verlorengegangenen Kolonialprofite entschädigen.

Die Löhne der chemischen Arbeiter sind in Mitteldeutschland im Verhältnis zu Berlin, zu Hamburg, zum Rheinland die niedrigsten. Der Mansfeld-Konzern zahlt Löhne, bei denen die Arbeiter auf die Unterstützung des städtischen Wohlfahrtsamtes in Eisleben angewiesen sind und das Wohlfahrtsamt muß feststellen, daß beschäftigte Arbeiter bei Mansfeld dem Hungertod preisgegeben werden. Das sind Kolonialverhältnisse im nackten Sinne des Wortes.

Bündnis des Trustkapitals und der Großgrundbesitzer

Eine weitere ungeheure Gefahr und eine Quelle des Elends für das werktätige Volk bildet das Bündnis zwischen den großen Konzernen und dem Großgrundbesitz. Die J. G. Farbenindustrie und der Mansfeld-Konzern besitzen selbst Rittergüter, die J. G. beteiligt sich an der Zuckerrübenproduktion. Vor allem aber beeinflußt der Chemietrust durch die Düngemittelmonopole die gesamte Landwirtschaft. Landbund, Regierung und Chemietrust verbünden sich, um den Großgrundeigentümern billige Kredite für Düngemittel zu verschaffen und die Kleinbauern Mitteldeutschlands gleichzeitig dieser Kreditmöglichkeit zu berauben. Das Kalikapital fordert die Verteuerung der Kalidüngemittel um 25 Prozent, um dadurch den Ruin der Kleinbauern zu vollenden. Die Erhöhung der Getreidezölle und der Lebensmittelzölle führen zu einer Teuerung, die den kleinen Landwirt ebenso trifft, als die Industrie- und Landarbeiter.

Verschärfung der Wirtschaftskrise

Diese Politik der kapitalistischen Rationalisierung wird, wenn die arbeitenden Massen keine Umwälzung herbeiführen, unvermeidlich zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise führen. Die sogenannte Blüte der deutschen Wirtschaft soll nach den Plänen der Industriebarone darin bestehen, daß wenige Hunderte, ja Dutzende von Großaktionären der Riesentrusts ihren Profit schrankenlos weiter steigern können. Gleichzeitig wird aber die Absatzkrise, die nur durch die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung beseitigt werden kann, eine weitere Verschärfung erfahren. Der tiefste Gund dieser Krise liegt darin, daß die Produktionsverhältnisse, wie in ganz Deutschland, so auch in Mitteldeutschland dem Stand der Produktivkräfte nicht mehr entsprechen. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Privatbesitz an Produktionsmitteln, an Grund und Boden, an Naturschätzen sind heute nicht mehr treibende Kräfte, sondern Fesseln und Schranken der Produktion geworden. Hieraus folgt, daß die Weiterentwicklung der monopolistischen Besitzverhältnisse in den nächsten Jahren nur eine ungeheure Verschärfung der Wirtschaftskrise zur Folge haben könnte.

Was ist zu tun?

Wenn die Arbeiter in den Betrieben, wenn die Erwerbslosen, die Kleinbauern und die verelendeten proletarisierten Mittelstände ihren Untergang nicht tatenlos hinnehmen wollen, dann müssen sie sich die Frage stellen: was ist zu tun?

Der erste Schritt zum Handeln ist die Einsicht in die Zusammenhänge, die Aufklärung über die Wirtschaftslage. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat keine Ahnung von dem beispiellosen Raubzug, der gegenwärtig in Mitteledeutschland vor sich geht, und alle Raubzüge der mittellaterlichen Raubritter und ihrer Abkömmlinge, der dynastischen und adligen Räuber, weit übertrifft.

Deshalb fordern wir die Einleitung einer breit angelegten

Untersuchung der mitteldeutschen Wirtschaft.

Heute können die großen Trusts ihre Riesenprofite geheimhalten. Wären sie verpflichtet, über die wirkliche Höhe der Profitrate, der Ausbeutungsrate, den Tatsachen entsprechend Rechenschaft abzulegen, dann würde sich ein Sturm der Empörung erheben. Wohl schreibt die bürgerliche Gesetzgebung den Aktiengesellschaften die Pflicht vor, Bilanzen der Oeffentlichkeit vorzulegen. Wohl wäre die Verwaltung der Konzerne verpflichtet, den Betriebsräten Einsicht in das Geschäftsgebaren zu gewähren. Aber die Bilanzen sind Schwindelberichte und die Betriebsräte werden mit Phrasen abgefertigt. Das größte Werk Mitteldeutschlands, das Leunawerk, ist als „Familiengesellschaft" nicht einmal zu dieser schwindelhaften Information der Oeffentlichkeit und der Arbeiterschaft verpflichtet! Die Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands muß daher die Einsetzung einer

Untersuchungskommission für die mitteldeutsche Wirtschaft

fordern, die aus Vertretern der Gewerkschaften, der Betriebsräte des werktätigen Landvolkes, der Kommunen bestehen soll. Sie muß darauf drängen, daß auf dem Gebiete des wichtigsten Produktionszweiges in Mitteldeutschland, der Chemie, ebenso eine Produktionsstatistik in regelmäßigen Abständen veröffentlicht wird, wie dies bis jetzt für die Schwerindustrie, für die Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion der Fall ist. Erst wenn die Menge und der Wert der in den Gifthöllen hergestellten Produkte festgestellt wird, kann objektiv der wahre Grad der Profitrate und der Mehrwerte berechnet werden.

Ebenso müssen die Selbstkosten, der Lohnanteil an den Produktionskosten und die wirklichen Gewinne der großen Trusts endlich untersucht und vor der breitesten Oeffentlichkeit bekanntgemacht werden. Das erfordert das Interesse der Arbeiterschaft, ebenso wie das Interesse der objektiven Wissenschaft.

Die Ausbeuterklasse pfeift aber auf die Interessen der Wissenschaft, oder besser gesagt, sie ist mit allen Mitteln bestrebt, die genaue Feststellung der Wahrheit, dieses höchste Ziel der Wissenschaft, zu verhindern. Sie bietet keine Möglichkeit zu einer Erkenntnis der Wirtschaftslage und zur Lösung der Krise, so lange sie dazu nicht gezwungen wird. Dieser Zwang ist aber nicht mehr eine wirtschaftliche, sondern sie ist eine politische Frage, die Frage der Machtverhältnisse, der Machteroberung.

In dasselbe Arbeitsgebiet gehört die Feststellung, wie weit die Massenstillegungen, die Entlassungen und Einschränkungen, alle verheerenden Folgen der kapitalistischen „Rationalisierung" mit den von den Unternehmern ständig angegebenen Gründen des „Auftragsmangels" zusammenhängen und wie weit sie, wie dies in den meisten Fällen der Fall ist, nur den Zweck verfolgen, größeren Mehrwert aus den Arbeitern herauszupressen.

Solange die kapitalistische Gesetzgebung die Durchführung solcher Untersuchungen entweder verhindert, oder nur auf dem Papier zuläßt, müssen die Arbeiter und Angestellten aus eigener Kraft sie durchführen. Die Waffe der marxistischen Wissenschaft ermöglicht es dem Proletariat, in die Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft tiefer hineinzuleuchten, als dies den Unternehmern angenehm ist, ja, sie ermöglicht es ihnen, die kapitalistische Wirtschaft besser zu ergreifen, als dazu die Unternehmer selbst mit ihrem bornierten Gesichtskreis und mit ihrer nur von dem Profit beherrschten Denkweise fähig sind.

Ebenso ist eine

Untersuchung des Wirtschaftsgebarens der kommunalen Unternehmungen

erforderlich. Der Korruptionsskandal der Stadtbank in Halle ist nur ein Beispiel dafür, in welcher schändlichen Weise die bürgerlichen Magistrate mit den Vermögen der Werktätigen wirtschaften und wirtschaften lassen. Solange die Kontrolle der Werktätigen nicht einsetzt, droht ständig die Gefahr, daß die Spargroschen der Aermsten in die Taschen korrupter Günstlinge der bürgerlichen Parteien fließen werden.

Die Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands wird keine Lösung der kapitalistischen Krise innerhalb des Systems der Herrschaft des Trustkapitals, des monopolistischen Finanzkapitals vorschlagen. Ihre Arbeit soll darin bestehen, daß sie den werktätigen Massen den Weg der sozialistischen Lösung der Krise zeigt. Sie wird ihr Ziel erreichen, wenn sie nicht nur die allgemeine Ausweglosigkeit des Kapitalismus und die Notwendigkeit des Sozialismus zeigt, sondern die unmittelbaren Schritte aufweist, die getan werden müssen, um den Existenzkampf der arbeitenden Massen auf die richtigen Wege zu lenken. Das geschieht, indem ein umfassendes Wirtschaftsbild Mitteldeutschlands zum ersten Male geboten und auf dieser Grundlage ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt wird, ein Programm der Werktätigen, das dem Programm der Ausbeuter gegenübersteht. In diesem Sinne muß der Kongreß der Werktätigen Mitteldeutschlands die Forderung der Arbeiterkontrolle der Produktion, die Forderung der

Nationalisierung der Großindustrie, der Banken und des Großgrundeigentums

in den Mittelpunkt des proletarischen Wirtschaftsprogramms rücken.

Rund um die mitteldeutsche Wirtschaft

Fette Profite der Mitteldeutschen Kreditbank. Wie die Verwaltung mitteilt, zeigt der Abschluß für das erste Halbjahr 1926 eine „erfreuliche Entwicklung des Geschäfts und sehr befriedigende Erträgnisse". Man kann sich denken, welche Riesengewinne die Bankherren eingesteckt haben, wenn sie selbst in so begeisterten Ausdrücken von ihrem Geschäft reden.

Weitere Ausdehnung der J. G. Farbenindustrie in Mitteldeutschland. Der Chemietrust hat die Aktien der Evag, d. h. Erdöl- und Kohle-Verwertungs-A.-G. vollständig erworben. 3,5 Millionen Aktien werden angeblich im Verhältnis von 1 : 1 umgetauscht. Durch diese Neuerwerbung kommt die J. G. in den Besitz wertvoller Patente für die Steinkohlenverflüssigung, die sie mit ihren Patenten für Braunkohlenverflüssigung verbinden kann. Außerdem besaß die Evag kleine Braunkohlengruben in Mitteldeutschland, die durch die Riebeck-Montan-A.-G. verwaltet wurden. Der Zweck der Neuerwerbung besteht im Ausbau der Kohlenchemie, der sich die J. G. in nächster Zeit mit aller Energie widmen will.

Steigender Absatz für Benzol und Ammoniak. Die Nachfrage nach diesen Produkten ergab im Monat August eine wesentliche Steigerung. Im Herbst dürfte diese Entwicklung noch stärker fortschreiten. Die Nachfrage nach Schwefelsäure und Ammoniak war im In- und Ausland ebenfalls sehr groß. Wo bleiben die höheren Löhne für die Leunaproleten?

Auch der Kaliabsatz und die Braunkohlenproduktion steigen. Der Kaliabsatz im Monat August macht nach den Mitteilungen des Kalisyndikats rund 1 Million Doppelzentner gegenüber 850 000 Doppelzentner im Monat Juli aus. Der Versand von Braunkohlenbriketts aus Mitteldeutschland ist auch gestiegen.

Steigende Gewinne und Kurssteigerungen in der hallischen Metallindustrie. Die Aktien der Wegelin & Hübener-Aktiengesellschaft, Halle, sind an der Berliner Börse sprunghaft gestiegen. Die bürgerliche Presse teilt dazu mit, daß die Gesellschaft einen sehr guten Beschäftigungsgrad zu verzeichnen hat. Die Gesellschaft stelle vielerlei Spezialitäten her, von denen eine die andere ergänze.

Trotzdem neue Entlassungen in Halle. Die Hallische Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G. kündigt Arbeiterentlassungen an. Der Grund soll angeblich im Auftragsmangel liegen. Die Auslandsaufträge sollen nicht genügen und die Inlandsaufträge seien erst nach Beendigung der Zuckerkampagne in drei bis vier Monaten zu erwarten. Es muß nachgeprüft werden, ob diese Angaben auf Wahrheit beruhen und ob die Gesellschaft nicht vielmehr durch verstärkte Rationalisierung die Leistungen erhöhen will.

Das Großkraftwerk Groß-Kayna, welches bis jetzt stillgelegt war, soll laut einer Mitteilung des Elektrizitätswerkes Sachsen-Anhalt A.-G. am 15. September wieder in Betrieb genommen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Kommunistischer Mißtrauensantrag

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat heute dem Stadtverordnetenvorsteher für die Sitzung am Montag, dem 13. September, folgenden begründeten Antrag übermittelt:

In der Stadtverordnetensitzung vom 8. Februar 1926 hat der Finanzdezernent und Dezernent der Sparkasse Bürgermeister Seydel die Erklärung abgegeben, daß in der Presse gemachte Mitteilungen über Verlustgeschäfte der Stadtbank unzutreffend seien, daß nach den angestellten Ermittelungen die Stadtbank-Kredite sämtlich gesichert und Verluste nicht einzutreten scheinen. Diese Erklärung hat Bürgermeister Seydel sinngemäß wiederholt, obgleich in der Debatte über die Magistratserklärung von Stadtverordneten Angaben über leichtfertig gegebene, nicht oder nur sehr mangelhaft gedeckte und deshalb sicher mit Verlust abschließende Kredite gemacht worden waren.

Trotz dieser Erörterungen haben unter Direktor Berger noch Monate hindurch die leichtfertigen, zum Teil betrügerischen Kreditmanipulationen fortgesetzt werden können.

Die am 8. Februar durch Bürgermeister Seydel abgegebene Erklärung stand, wie sich aus den inzwischen erfolgten Mitteilungen des Magistrats ergibt, im Gegensatz zu den Tatsachen, die einer verantwortlichen Aufsicht bereits damals unbedingt sichtbar gewesen sein müßten.

Die Betrügereien des ehemaligen Stadtbankdirektors Berger sind nur deshalb in dem großen Umfange möglich gewesen, weil er bei Bürgermeister Seydel — aus persönlichen Beziehungen stammendes — unbedingtes Vertrauen genoß.

Da festgestellt, daß Berger auch nach den Stadtverordnetenverhandlungen, wo eine verschärfte Kontrolle seiner Tätigkeit notwendig gewesen wäre, zahlreiche Kreditgeschäfte begonnen und fortgeführt hat, bei denen die Satzungen und Vorschriften bewußt nicht eingehalten wurden, trifft hierfür Bürgermeister Seydel die Verantwortung. Er hat sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht.

Deshalb beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

1. **Bürgermeister Seydel wird das Vertrauen entzogen.**
2. **Bürgermeister Seydel ist sofort sämtlicher Funktionen zu entheben.**
3. **Gegen ihn wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eröffnet.**
4. **Der Magistrat wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, um Bürgermeister Seydel für den durch Stadtbankverluste der Stadt entstehenden und entstandenen Schaden zivilrechtlich haftbar zu machen.**

Das Bürgertum muß Seydel preisgeben

Den Bürgerlichen schwimmen die Felle weg. Sie versuchten erst, solange es irgendwie ging, nichts vom Stadtbankskandal ruchbar werden zu lassen, und als dies durch die Veröffentlichungen im „Klassenkampf" nicht mehr möglich war, mußten die bürgerlichen Zeitungen ihrerseits zu den Machinationen des Berger und der für den Skandal Verantwortlichen Stellung nehmen, um sich nicht vollends das Vertrauen ihrer Anhänger zu verscherzen. Durch kommunistische Initiative wird am nächsten Montag die außerordentliche Stadtverordnetenversammlung abgehalten werden müssen. Die bürgerliche Presse stellt das fest, und die „Allgemeine Zeitung" fügt eine wehmütige Notiz hinzu: „Daß dieser Entschluß so schwer geworden ist! **Erst die Kommunisten mußten drängen und sorgmerecht den Antrag stellen, dem nach der Geschäftsordnung stattzugeben war.**" Aber das „Volksblatt", das sich sonst immer brüstet, recht quick hinter den Dingen her zu sein, hat seinen Lesern bis heute nicht einmal von der einzuberufenden Stadtverordnetensitzung Kenntnis gegeben.

•

Die Stadtbankverluste belaufen sich allmählich auf **6 Millionen Mark.** Und da können selbst die schwarzweißroten Anhänger der Magistratsoberhäupter nicht mehr umhin, Herrn Seydel einen tüchtigen Vorwurf zu machen. Die „Hallesche Zeitung" vom Sonnabend spricht es derart deutlich aus, daß Herr Seydel wohl einsehen wird, daß er selbst im eigenen Lager nichts mehr zu hoffen hat — es sei denn von etlichen Herren um Dr. Starke und Pfeiffer, deren Gewissen bei der ganzen Sache nicht gerade unbefleckt geblieben sein dürfte.

Die „Hallesche Zeitung" fordert unumwunden den Rücktritt von Bürgermeister Seydel.

Es heißt da: „Herr Bürgermeister Seydel, wie jeder andere auf verantwortungsvollem Posten, darf sein Amt dazu nicht mißbrauchen, gute Bekannte zu fördern. Das Allgemeinwohl hat hier oberste Richtschnur zu sein. Wer dieses sittliche Gefühl nicht als eisernen Bestandteil hat, gehört nicht in ein Amt." Und auch die Stadtverordneten bekommen einen tüchtigen Hieb, indem ihnen angekündigt wird: „Unsere Stadtverordneten, soweit sie national gesinnt sind, haben jetzt die Pflicht, **mit der Vertuschungsmethode Schluß zu machen.** Ohne Rücksicht auf Freundschaft oder Gesinnung muß aufgeräumt werden. **Wer reif zum Fliegen ist, muß fliegen, sei er noch so hochgestellt.** Nur diese rücksichtslose Art kann das Wort von der „schwarzweißroten Götterdämmerung im hallischen Magistrat" zunichte machen."

Die schwarzweißrote Götterdämmerung, die wir zu Beginn der Stadtbankeröffentlichungen im „Klassenkampf" voraussagten, wird trotz solcher Ausbrennungsversuche der „Halleschen Zeitung" kommen. Sie beginnt erst mit Herrn Seydel, und das Bürgertum kann nicht mehr umhin, da selbst mit Hand anzulegen.

Die hallische werktätige Bevölkerung wird am Freitag in den von der Kommunistischen Partei angesetzten Versammlungen im „Wintergarten" und im „Volkspark" beweisen, wie sie über den Stadtbankskandal und seine Verantwortlichen denkt und was sie ihnen für ein Schicksal zugedacht hat.

An alle Zellengruppenleitungen von Halle!

Die Zellengruppenleiter haben zum Teil die Zellenversammlungen für den 14., 15. und 16. September nicht gemeldet.

Der Plan, der enthalten muß, wo die Versammlungen stattfinden und wieviel Delegierte auf die einzelnen Zellen entfallen, muß sofort bei der BL. eingereicht werden. Org.-Abt. der BL.

Die Degeneration der deutschen Jugend

Folgen des Stahlbades

Die Tatsache, daß die Nachkriegslehrlinge ihren Vorkriegsgenossen um 14 Zentimeter in der Länge und 8 Zentimeter im Brustumfang nachstehen (wie unser Bild anschaulich zeigt), wird von der Düsseldorfer Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen (Gesolei) festgestellt, von einem behördlich geförderten Unternehmen der offiziellen Wissenschaft, die kein Interesse daran hat, die Dinge schlimmer darzustellen, als sie in Wirklichkeit sind. Die Ursachen dieser erschreckenden Degeneration des deutschen Volkes liegen auf der Hand: sie sind in den **fürchterlichen sozialen Verhältnissen** zu suchen, unter denen die breiten Volksmassen während der „großen Zeit" und seither zu leiden hatten.

Durch die jämmerliche Ernährung und die fürchterliche Ueberanstrengung der Proletariermütter in den Kohlrübenjahren kamen die Kinder von vornherein als schwächliche, wenig widerstandsfähige Geschöpfe zur Welt. Diesen schwachen Kindern fehlten die wichtigsten Nahrungsmittel, die für eine normale Entwicklung notwendig sind:

Milch, Eier, Butter, Fleisch, nahrhaftes frisches Gemüse.

Die Nahrung war sowohl der Menge als auch der Zusammensetzung nach völlig unzulänglich. Es fehlt vor allem das für den Aufbau des Organismus und für das Wachstum wichtige Eiweiß und die Fette, die die Widerstandsfähigkeit des Organismus gegen Infektionen erhöhen. Die einseitige Gemüse- und Kartoffelernährung überlastet den Darm und führt zu Verdauungsstörungen. Der Konservenkost fehlt einer der wichtigsten Nährstoffe, die das Knochenwachstum fördern, nämlich das Vitamine. —

Infolge der Unterernährung und vor allem der elenden Wohnungsverhältnisse wurden 90 Prozent der Arbeiterkinder von der Proletarierkrankheit, der Rachitis, befallen. Die sogenannte „englische Krankheit" greift junge, wachsende Knochen an, verursacht Verkrümmungen und Zurückbleiben des Wachstums. Es wurde experimentell festgestellt, daß junge Ratten, die in dunklen Käfigen, eng zusammengedrängt, eingesperrt waren, von einer der Rachitis ähnlichen Knochenkrankheit befallen wurden. Wie viele Millionen Menschenkinder in den Großstädten wurden in Käfigen zusammengepfercht, um die sie die Ratten nicht beneiden würden! —

Dazu kam, daß die Kinder, deren Väter im Feld standen, im zartesten Alter zu schweren, langer Arbeit gezwungen wurden. Ueberanstrengung und Mangel an Ruhe und Erholung sind für den jugendlichen Organismus ebenso schädlich wie die Unterernährung.

Wie sich die elenden Lebensverhältnisse der Kriegszeit auf das Körpergewicht der Kinder auswirkten, wurde durch statistische Untersuchungen des Straßburger Professors Dr. Schlesinger festgestellt. Danach wiesen die zwei- und dreijährigen Kinder im dritten Kriegsjahr (1917) gegenüber der Friedenszeit einen Rückstand im Gewicht von einhalb bis ein Kilogramm durchschnittlich auf. Schon die Säuglinge wogen durchschnittlich 200 bis 500 Gramm weniger als vor dem Kriege. Die Volksschüler hatten ein bis zwei Kilogramm, die Lehrlinge zwei bis fünf Kilogramm verloren. Schlesinger schätzt den

Gewichtsrückstand auf 6 bis 9 Prozent

des Körpergewichts

Da die sozialen Verhältnisse sich nach dem Kriege keineswegs gebessert haben, geht der Verfall der Volksgesundheit unaufhaltsam weiter, so lange, bis die gesellschaftlichen Zustände von Grund auf geändert werden.

Der „Wehrwolf" in Geldnöten

Aus dem Wehrwolf, soweit man überhaupt noch von ihm als Organisation reden kann, ist ein jammervolles Instrument zum Geldschnorren geworden. Der Schrei nach Geld ist der einzige Gedanke, den Herr Kloppe noch zu fassen und auszudrücken vermag. Der bekannte günstige Wind wehte uns ein Rundschreiben zu, in dem die Angst vor dem finanziellen trübseligen Ende nur zu deutlich zum Ausdruck kommt. Ebenso deutlich erfreut man daraus auch das Bestreben, durch Weihnachtsbescherungen und Unterstützungs-Vorspiegelungen Proleten zu ködern. Der Kampf gegen die Kommunisten darf natürlich nicht fehlen, und wenn er auch nur auf der Schmierenbühne erfolgt. Aber das ist alles aus dem Rundschreiben ersichtlich, das wir hier folgen lassen:

Halle, im August 1926.

Liebe Kameraden!

Wie alle wissen, wollen wir im nächsten Jahr den ersten allgemeinen Wehrwolftag abhalten. Hierzu gehört natürlich Geld, und da wir nur von den geringen Mitgliedsbeiträgen der Landesverbände unsere Organisationskosten bezahlen, müssen wir für diesen Tag eine Sondersammlung vornehmen. Wir wenden uns deswegen an alle Ortsgruppen mit der Bitte, das beiliegende Schreiben von mehreren Kameraden unterzeichnen zu lassen und dem Gau bzw. Landesverband einzusenden. Es scheint, daß sich in jeder Ortsgruppe mindestens einige Mitglieder finden, die diese Verpflichtungen eingehen. Wo dies nicht der Fall ist, wird jede Ortsgruppe ihren Stolz daran setzen, ihrem Ortsgruppenführer aus der allgemeinen Kasse die Mittel zu bewilligen, damit er sich beteiligt.

Und nun ans Werk, liebe Kameraden!

Veranstaltungen

Für die nächste Zeit empfehlen wir allen Ortsgruppen dringend, folgende Veranstaltungen abzuhalten, sich auf diese zu beschränken und dann für das Treffen in Potsdam, dieser historischen Stätte, alle verfügbaren Mittel zu sammeln. In der zweiten Hälfte des Oktober bzw. Anfang November soll bei allen Ortsgruppen ein Familienabend stattfinden, dessen Reinertrag für die Besicherung zu Weihnachten dienen soll. An diesem Familienabend sollen vor allen Dingen die Eltern unserer Angehörigen teilnehmen und der Ortsgruppenführer soll bereits an diesem Abend den **Ausschuß bilden, der die Weihnachtsbescherung vorbereitet.** Wo schon Opfergruppen bestehen, wird diesen die Vorbereitung zweckmäßig übertragen. Wo nicht, ist aus den weiblichen Angehörigen unserer Mitglieder ein solcher Ausschuß zu bilden, den ein Beauftragter des Ortsgruppenvorstandes leitet und der sich möglichst zu einer Opfergruppe entwickelt. Wir haben im vorigen Jahr gesehen, daß an allen Orten, wo Ortsgruppen bestanden, die Weihnachtsfeiern bedeutend würdiger und erfolgreicher für die aktiven Kameraden waren, als an denen, wo keine Frauen halfen. Als Folge für den Familienabend empfehlen wir eine einfache Zusammenstellung:

1. Marsch.
2. Einbringen der Fahne.
3. Begrüßung durch den Ortsgruppenführer.
4. Gedichtvortrag durch einen Kameraden.
5. Marsch.
6. **Theaterstück „Der rote Ueberfall" (zu beziehen durch den Wehrwolfverlag).**
7. **Aufforderung des Ortsgruppenführers zur Bildung eines Ausschusses für die Weihnachtsfeier.**
8. Marsch.
9. Abbringen der Fahne.
10. Schlußmarsch.
11. Deutscher Tanz.

Durch die Aufführung des Theaterstückes „Der rote Ueberfall" erübrigt sich die sogenannte Festrede. Da hierzu keinerlei Kostüme benötigt werden, verursacht die Aufführung kaum Kosten. Wo kein Spielmannszug vorhanden ist, wird Klavier und Geige genügen. Als weitere Veranstaltung wird dann die Weihnachtsfeier folgen. Im Januar ist in Verbindung mit den Reichsgründungsfeiern der Gründung des Wehrwolf zu gedenken, wobei natürlich auch die übrigen Verbände angezogen werden können. Für Ostern oder Pfingsten haben die Kreisführer möglichst ein Kreissportfest anzusetzen, bei dem die Ausscheidungskämpfe stattfinden sollen, denn wenn wir in Potsdam mit Wehrsportübungen auftreten, können nur die vorher durch Ausscheidungskämpfe festgestellten Gruppen teilnehmen. Alle übrigen Veranstaltungen bitten wir fallen zu lassen und dann nach der Reichsgründungsfeier Sparkassen anlegen, die dazu dienen sollen, jeder Ortsgruppe die Teilnahme in Potsdam zu ermöglichen. Zu minderstens die Fahnengruppe eines jeden Ortes muß entsandt werden können.

Wehrwolfshilfe

Ganz erfreulicherweise ist die Wehrwolfshilfe in einem dauernden günstigen Fortschreiten begriffen. Sie kann ja mehr jetzt als alle derartigen Einrichtungen, weil die Ueberschüsse der Zeitung jeden Monat an sie abfließen und damit eine Einnahmequelle geschaffen ist, die zu großen Aufgaben befähigt. Wir planen als weitere Unterabteilung die Schaffung einer Kinderhilfe, die Bestimmungen den Ortsgruppen noch zugehen und dann vor allen Dingen die Schaffung einer Gewerkschaftsabteilung. Wir werden vor allen Dingen die letztere bald in Angriff nehmen, doch die Kameraden müssen jetzt schon wissen, was wir mit der Wehrwolfshilfe weiterhin wollen. Da wir aber stets und immer alles aus eigener Kraft schaffen und von keiner fremden Seite Geld nehmen müssen alle Kameraden sich der Wichtigkeit gerade dieser Aufgabe bewußt werden. Und nun, liebe Kameraden, in dieser traurigen Zeit erinnern wir noch einmal an die Worte des Bundesführers in Weimar, über das, was augenblicklich die Pflicht einer jeden Ortsgruppe ist:

„Sie soll so auftreten, daß sie sich durchsetzt, sie soll in ihrem Heimatsort so einig und geschlossen, so mutig und furchtlos bleiben, daß ihr, und nicht dem roten Faustfrontkämpferbund die Straße gehört." Marschiert, liebe Kameraden, und setzt Euch durch! Das Beispiel der Berliner Kameraden, **wo 40 Wehrwölfe gegen 1200 Faustkämpfer bestehen konnten, zeigt,** daß es nicht eine große Masse macht, sondern nur ein einheitlicher und geschlossener Wille, und darum heraus auf die Straße, zeigt dem roten Gesindel, daß die Wehrwolfgruppe, zwar nur ein kleines Völkchen sind, daß sie aber hart und entschlossen ihren Mann stehen und sich an jeder Stelle durchzusetzen wissen.

Die Bundesleitung Der Wehrwolf
gez.: Fritz Kloppe
Bundesführer.

•

Das freche „kleine Völkchen" des Herrn Kloppe darf sein Betrügen und Terror-Handwerk ungestört betreiben. In Rundschreiben wird das offen ausgesprochen, öffentlich wird es feige abgeleugnet. Welches man treudeutsche Wahrhaftigkeit nennt.

„Entsetzliche Folgen der Hundstagshitze —"

Eine entgangene Sensation

„Entsetzliche Folgen der Hundstagshitze" — so ist im gestrigen „Volksblatt" ein Artikel überschrieben, der aus Versehen an die falsche Stelle gerückt wurde. Er hätte nämlich über einen Artikel stehen müssen, der die Ueberschrift trägt: „Eine Niederlage und der eine Versammlung behandelt, die der aus der KPD. ausgeschlossene Studienrat Schwarz vor wenigen Tagen hier in Halle abgehalten hat.

Man merkt es dem „Volksblatt" ordentlich an, wie ihm das von vollkommener Mißerfolg der Schwarz-Versammlung eine große **politische Sensation entgangen ist** und betrübt stellt das „Volksblatt" fest, daß durch den berechtigten Zorn der KPD.-Arbeiter aus der Gründung einer neuen „Spartakusgruppe" nichts geworden ist.

Nach diesen Feststellungen muß das „Volksblatt" natürlich wieder seine Philosophie entwickeln und die angeblichen Widersprüche der KPD. aufzeigen. So schreibt das „Volksblatt": „Sie (die Kommunisten. D. Red.) haben wiederholt Deutschland als reif für die Revolution erklärt, aber nach der Wendung der russischen Außenpolitik gegen den Osten und der Absägung der russischen Rechtsrichtung in der KPD., diese ihre Ueberzeugung auch wieder revidiert."

Eine Frage, hat der Schreiber dieses Ergusses überhaupt einmal etwas vom Klassenkampf gehört und davon, daß die Klassenkräfte des Proletariats **durchaus keine konstante Größe** darstellen, sondern sich in fortwährendem Fluß befinden? Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es immer gewesen, entweder die Depression des Proletariats als Klasse zu überwinden, die Klassenkräfte des Proletariats zu steigern — die proletarische Revolution zu organisieren bzw. revolutionären Situationen putschistische Entgleisungen zu verhüten und diese Klassenkräfte der Organisierung der proletarischen Revolution nutzbar zu machen. Es ist selbstverständlich, daß bei dem verschiedenen Stand der Klassenkräfte verschiedene Methoden, um zu diesem Ziele zu gelangen, anzuwenden sind. Die SPD.-Instanzen wenden ebenfalls **verschiedene Methoden** an, um zum entgegengesetzten Ziele zu gelangen, zur Niederschlagung der Klassenkräfte des Proletariats. 1919: „Die Sozialisierung marschiert" — einige Jahre später: „Die Sozialisierung ist Mist". Das ist **kein Widerspruch, sondern konsequente Politik zur Niederschlagung der Klassenkräfte des Proletariats,** angewandt auf verschiedenen Situationen in den betreffenden Jahren. Der Schreiber des „Volksblatt"-Artikels hat vom politischen ABC keine Ahnung. Ob die „entsetzlichen Folgen der Hundstagshitze" auch seinem Gehirn nicht spurlos vorübergegangen sind?

Am Freitag, dem 10. September, abends 8 Uhr im „Wintergarten" und „Volkspark" zwei große öffentliche Versammlungen

Thema: Die Werktätigen und der Stadtbankskandal

Arbeiter, informiert Euch über den Stadtbankskandal! Protestiert gegen die Vertuschungsmanöver des reaktionären Magistrats

54

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0006

Zellengruppe 17

…Donnerstag, dem 9. September, abends 8 Uhr, findet im …Lokal die Straßenzellenmitgliederversammlung über den

sozialistischen Aufbau in Sowjet-Rußland

Referent und Korreferent sind anwesend.
…Genossen haben zu erscheinen.

Zellengruppenleitung 17.

•

Zellengruppe 5 (ehemaliger Distrikt 11).

…Donnerstag, dem 9. September, abends 8 Uhr, findet im …Lokal die Versammlung der Straßenzellen der Zellen…5 statt. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Die Zellengruppenleitung.

•

…n alle Ortsgruppen des Roten Frauen- und Mädchenbundes!

…ist an alle Ortsgruppen Material zum Versand gekommen, …was: die Bundeszeitung, eine Extramarke und eine Extra… Das Material muß sofort unter den Mitgliedern und dar…hinaus an mit uns Sympathisierende verkauft werden. Mit …Monatsabrechnung für September ist das Geld abzurechnen und …schicken.

Gauleitung des RFMB.

Warnung vor erpresserischen Agenten

…schon öfter ist auf Agenten hingewiesen worden, welche unter …gebung falscher Tatsachen versuchen, Bücher usw. loszu…en. Sie lassen Bestellscheine unterschreiben, die unerhörte …seln enthalten, welche aber meist so versteckt angebracht sind, …sie von den Unterzeichnenden, die keine Ahnung von den …n haben, übersehen werden. So versuchte ein Agent der …Heinrich Killinger, Verlagsbuchhandlung, …hausen, einem 14jährigen Lehrling ein Buch, welches …Mark kosten soll, aufzuschwatzen. Der Lehrling Kurt Bischof …eines Tages auf seinem Weg zur Arbeitsstätte von einem …Mann (dem Agenten der genannten Firma) angehalten …ihm ein Buch angeboten. Da der Junge sagte, daß er erst …Eltern fragen wolle, meinte der Mann, **er solle ihm nur auf …Zettel, den er ihm vorhielt, seinen Namen schreiben, damit …Firma seine Adresse hätte.** Dieser „Zettel" ist aber der Be…schein gewesen. Als das Buch nun per Nachnahme ankam, …es selbstverständlich nicht eingelöst. Und nun erhielt Bischof …nden Brief:

Herrn Kurt Bischof, Halle a. d. S.

…und im Auftrage der Firma Heinrich Killinger, Verlagsbuchhandlung, …, haben wir Ihnen folgendes mitzuteilen:
…Grund des von Ihnen handschriftlich unterzeichneten Auftrages haben Sie …Auftraggeberin folgendes Werk bestellt:
…Die Elektrizität und ihre Technik.
…Zusendung hat vereinbarungsgemäß unter Nachnahme zu erfolgen. Sie …aber die Abnahme der Sendung verweigert. Infolgedessen muß gegen Sie …hoben werden. Vorher geben wir Ihnen hiermit nochmals Gelegenheit, …legenheit durch sofortige Einlösung der Nachnahme in Güte zu regeln. …suchen Sie, uns binnen einer Woche mitzuteilen, ob Sie zur sofortigen …der Nachnahme bereit sind. In diesem Falle würde Ihnen unsere …geberin das Werk nochmals unter Nachnahme zusenden.
…durch die erfolglose Zusendung des Werkes entstandenen Unkosten in Höhe …Mark haben Sie infolge Ihrer unberechtigten Annahmeverweigerung zu …bzw. unserer Auftraggeberin zu erstatten, und wird Ihnen deshalb der …der Firma Heinrich Killinger mit belastet.
…es Ihnen nicht möglich sein sollte, die Sendung einzulösen, erklärt sich die …Heinrich Killinger entgegenkommenderweise bereit, den Liefertermin um …hinauszuschieben. Dann muß aber Abnahme unbedingt erfolgen. …innerhalb obiger Frist eine zufriedenstellende Antwort nicht ein, so muß die …eingereicht werden.
…bei uns entstandenen Kosten betr…
…M. 5.10 Gebühr Art. 9 LGB.
…M. Umsatzsteuer.
…M. Schreibgebühr und Porto hierfür.

…M.

…Zahlung an uns wir binnen gleicher Frist ersuchen.
…Zahlung dieser Kosten sind Sie infolge Ihres Verzuges gesetzlich verpflichtet.

Hochachtungsvoll
Die Rechtsanwälte: Dr. Frohnhausen und Warburg.

…ist unerhört, daß Rechtsanwälte sich zu solchen Briefen her…, obgleich ihnen das Ungesetzliche der Handlungsweise des …und die Unmöglichkeit, daß ein Vierzehnjähriger ein der…Geschäft rechtskräftig abschließen kann, bekannt sein muß. …Brief ist jedoch bei den Herren keine Seltenheit, denn der …Bischof übersandte war ein vorgedrucktes Formular, …einfach Name des Empfängers und Titel des Buches ein…ben waren. Eine öffentliche Warnung vor den Machen…der Verlagsbuchhandlung Killinger kann nicht deutlich …ausgesprochen werden. Dem famosen Agenten aber hat die …unseres Erachtens wegen Betruges schleunigst das un…Handwerk zu legen, damit nicht noch mehr Proleten in die …gehen.

Hallische Tageschronik

…-Bischofs. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Halle …mit: Am 5 September gegen 10.20 nachmittags ist der Ver…sonderzug 3773 Schandau—Berlin zwischen den Bahnhöfen …und Luckenwalde von der linken Seite der Fahrtrichtung …Angabe der Reisenden beschossen worden. Ein Fensterrahmen …eine Fensterscheibe wurden beschädigt. Personen wurden nicht … Das Geschoß ist in dem Wagen nicht gefunden worden. (!?) …der Art der Beschädigung ist zu schließen, daß das Geschoß zu…den Fensterrahmen getroffen, von dort aus gegen die Fenster…geschlagen und sodann an der Außenseite des Wagens her…fallen ist. Zuständige Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und …Polizeibehörden sind benachrichtigt. Für die Ermittlung …Täter hat die Reichsbahndirektion Halle eine Belohnung von …Reichsmark ausgesetzt. — Die Reichsbahndirektion sollte lieber …Geld für die bessere Instandhaltung der Eisenbahnanlagen aus…

…erkalender. 1. Fällig am 15. September 1926 (keine Schon…) ist die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme. 2. Fällig am …September 1926 (Schonfrist 7 Tage) sind die staatliche Steuer …Grundvermögen, der Gemeindezuschlag dazu, die Hauszins…, sowie die Kanalbenutzungsgebühr für die Zuleitung der …schaftswässer und der Fäkalien. Der Unterschied zwischen den …auszahlungen für Juli und August 1926 und dem aus den in…den zugegangenen Steuerausschreiben ersichtlichen Gesamt…ist nunmehr nachzuzahlen.

…ationalisierung" der Menschen. Selbstmord durch Erhängen …wahrscheinlich infolge mißlicher wirtschaftlicher Verhältnisse …jährige Frau in der Talstraße.

…etallarbeiter. Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Volkspark": …ge Sitzung aller KPD.-Metallarbeiter. Keiner darf fehlen. …buch mitbringen.

…roletarische Tribüne. Alle Mitglieder beteiligen sich …an der Kundgebung für die Roten Matrosen. Aus diesem …de wird der heutige Uebungsabend auf morgen, Donnerstag, …8 Uhr verschoben.

Berufsberatung im Saalkreis

…dem öffentlichen Arbeitsnachweis für den Saalkreis wird …geschrieben: Die im Interesse unseres Wirtschaftslebens, das …tige Qualitätsarbeiter verlangt, immer dringlicher er…Forderung, den jungen, der Schule entwachsenen Menschen …einer richtigen Berufswahl behilflich zu sein, hat auch den Arbeitsnachweis für den Saalkreis veranlaßt, einen hauptamtlich tätigen Berufsberater einzustellen. Zum Berufsberater wurde Herr Rudolf Holzapfel aus Halle gewählt.

Wer eingehende Aufklärung über die Aussichten in den einzelnen Berufen wünscht, wende sich an den öffentlichen Arbeitsnachweis, Abteilung Berufsberatung. Jede zweckdienliche Auskunft sowie die Vermittlung von Lehr- und Anlernestellen erfolgt vollständig kostenfrei.

Reideburg

Schulneubau. Mit dem so notwendig gewordenen Schulneubau ist nach langen Verhandlungen, nachdem es gelungen war, als erste Rate eine Anleihe von 100 000 Mark aufzunehmen, begonnen worden. Am 3. September fand die Grundsteinlegung unter Beteiligung der Schulkinder, der Lehrer und Vertreter der Gemeinde und Schulvorstandes statt. Die Bevölkerung nahm lebhaften Anteil an dem so wichtigen Akt. Gebaut soll eine Zentralschule mit 7 Klassen und ein Gebäude mit zwei Lehrerdienstwohnungen werden. Vorgesehen ist noch ein Bauplatz zur späteren Errichtung einer Turnhalle. Ein Sportplatz in der vorgeschriebenen Größe soll sofort hinter der Schule errichtet werden. In der Mitte der Ortslage wurden 6½ Morgen Land zu dem Preis von 26 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Achtung, Erwerbslose!

Donnerstag, den 9. September 1926, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark":

Große Erwerbslosenversammlung

Tagesordnung:

1. Geht ein Erwerbsloser seiner Unterstützung verlustig, wenn er Gelegenheitsarbeiten verrichtet? Referent: Arbeitersekretär Grabow.
2. Der Erwerbslosenkongreß und seine Bedeutung. Referent: Genosse Hans Schröter.
3. Wahl der Delegierten.

Erwerbslose, erscheint in Massen!

Der Erwerbslosenausschuß Halle.

Aus der Provinz

Hilfe für die englischen Bergarbeiter

Die rote Front und die Proviantkolonne des kämpfenden Proletariats

Unter Vorantritt des Spielmannszuges zog am Donnerstagabend in Weißenfels die Ortsgruppe des RFB. geschlossen zum Sporthaus „Meilenstein", um an der Mitgliederversammlung der IAH. teilzunehmen. Genosse Höcker (Halle) wies in seinem Referat „Fünf Jahre IAH. und ihre Aufgaben" darauf hin, daß beide Organisationen einen überparteilichen Charakter tragen. Wenn der RFB. als Kampforganisation die proletarischen Kräfte zur Abwehr der Reaktion und zur Verhinderung eines neuen imperialistischen Krieges sammelt, so hat die IAH. als Hilfsorganisation die Aufgabe, das Proletariat in seinen Kämpfen gegen die Klassengegner zu unterstützen. Am 12. September blickt die IAH. auf ihr fünfjähriges Bestehen zurück. Ihre erste Aufgabe war, an der Niederringung der russischen Hungersnot mitzuwirken, um die Existenz des proletarischen Rußlands zu sichern. Dann ist sie in allen Ländern der Welt, wo sich Ausgebeutete und Unterdrückte zur Wehr setzten, zugunsten letzterer eingetreten. Der Riesenkampf der englischen Bergarbeiter hat erneut bewiesen, wie notwendig die proletarische Hilfsorganisation ist, den Gedanken der internationalen Solidarität zu fördern. In der Diskussion verlangten verschiedene Genossen, daß bei den Unterstützungen nur klassenbewußte Arbeiter berücksichtigt werden. Genosse Junghans teilte mit, daß in der nächsten Zeit eine Nähstube errichtet wird, wozu der Magistrat die notwendigen Räume zur Verfügung stellt.

Der RFB. wird in seiner nächsten Mitgliederversammlung wegen des korporativen Beitritts zur IAH. Stellung nehmen. Die Versammlung, die von über 200 Männern und Frauen besucht war, hat der Ortsgruppe Weißenfels der IAH. eine große Anzahl neuer Mitarbeiter zugeführt.

Neues vom Tage

Das Finanzamt raubt die letzte Kuh

Aus Wetzlar wird berichtet: „In einer kleinen Nachbargemeinde wurde einem Bauern, der Steuerrückstände hatte, vom Finanzamt die einzige Kuh gepfändet. Wut und Verzweiflung im Herzen, rannte der Mann aufs Finanzamt. Aber die Herren am grünen Tisch erklärten, daß sie ihm nicht helfen können. In seiner Aufregung zog der Mann Rock und Hose aus, warf dem erstaunten Beamten den „letzten Bettel" vor die Füße und verließ, nur mit dem Hemd bekleidet, das Finanzamt. Man eilte ihm nach und hatte alle Mühe, ihn zum Anziehen der Kleider zu bewegen.

In diesem Vorfall zeigt sich das ganze Elend der Kleinbauern, die vom verbündeten Finanz- und Agrarkapital und deren Staat bis aufs Hemd ausgezogen und der Verzweiflung preisgegeben werden. Die Kleinbauern müssen wie die Arbeiter um das nackte Leben kämpfen. Sorgt dafür, daß auch die Kleinbauern auf dem Kongreß der Werktätigen vertreten sind.

Der Prozeß gegen Schröder

Dem Stahlhelmmann Schröder, der den Buchhalter Helling ermordet und beraubt hat, ist nunmehr die Anklageschrift zugestellt worden. Der Prozeß wird noch im laufenden Monat stattfinden, die Verhandlungen sind auf den **16. und 17. September** anberaumt worden. Die Anklage lautet auf Raubmord, Scheckfälschung und Verleitung zum Meineid.

Schröder genoß bis zu seinem Fluchtversuch alle möglichen Erleichterungen. Es besteht in eingeweihten Kreisen kein Zweifel, daß der Fluchtversuch verabredet war und daß Schröder Helfershelfer in der Außenwelt hatte, wenn nicht gar im Gefängnis selbst.

Es handelt sich im Falle Schröder ja nicht um einen gewöhnlichen Kriminalfall. Der Mord hat starke politische Hintergründe, und es besteht die Gefahr, daß Schröder, bei dem es ja um den Kopf geht, in der Gerichtsverhandlung gehörig auspacken und Dinge sagen wird, die für manche nationale Größe in Magdeburg höchst unangenehm werden können. Unter diesen Umständen kann man den „Fluchtversuch" schon verstehen.

Brandkatastrophe in einem irischen Kino
50 Personen verbrannt, viele verletzt

Bei dem Brande eines Kinos im irischen Städtchen Drumcollogher verbrannten 50 Personen, darunter 20 Frauen und 10 Kinder. Der Brand entstand durch Entzündung eines Lichtbildstreifens und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über das von über 200 Personen besuchte Theater, dessen trockenes Gebälk sofort in Flammen stand. Unter den Zuschauern, die sich sofort auf den einzigen Ausgang stürzten, da ein zweiter Ausgang, sowie sämtliche Fenster verrammelt waren, kam es zu unbeschreiblichen Panikszenen. Das enge Haus war buchstäblich mit tobenden und schreienden Menschen vollgepfropft. Mehrere Kinder fanden in dem Gedränge den Tod. Außer den bereits Geborgenen, von denen viele unkenntlich waren, werden noch eine Anzahl Personen, darunter eine aus sechs Köpfen bestehende Familie, vermißt, und man befürchtet, daß sich mit den Aufräumungsarbeiten die Zahl der Opfer noch erhöhen wird.

Ein Expreßzug in einen Fluß gestürzt
19 Tote, 50 Verletzte

Aus Leadville (Colorado) wird gemeldet: Infolge Entgleisung stürzte ein Expreßzug mit 217 Passagieren einen hohen Bergabhang hinunter in den Arkansas-Fluß, wobei 19 Personen getötet und 50 schwer verletzt wurden. Die Bergungsarbeiten konnten nur mit größter Schwierigkeit durchgeführt werden, da 6 Personenwagen mit Wasser angefüllt sind.

25 Millionen Mark Unterschlagungen bei den Benz-Werken

Der „Welt am Abend" wird aus Mannheim gemeldet: Hinter den Kulissen der Motor- und Automobilindustrie gibt es immer sehr viel Dreck. Diese Vorgänge kommen nur allzu selten ans Licht der Oeffentlichkeit, obgleich meist bei den Transaktionen der großen Herren die Arbeiterschaft der leidtragende Teil ist. Ein Aktionär, der etwa 10 Prozent des Aktienkapitals der Motorenwerke Mannheim A.-G. vorm. Benz besitzt, hat kürzlich **Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen die Gründer dieser Gesellschaft erstattet.** Er beschuldigt sie, bei der Goldmarkumstellung **25 Millionen Mark falsch verbucht zu haben,** um so der Verwaltung einen betrügerischen Vorteil zuzuschanzen. Die Anzeige liegt zurzeit bei der Mannheimer Staatsanwaltschaft. Man kann neugierig sein, ob sich die Gerichte endlich einmal an die Trust-Machthaber heranwagen werden.

Theater und Konzerte

18. Sommerkonzert im „Volkspark"

Zum gestrigen, programmäßig letzten Sommerkonzert, das als Sinfoniekonzert gedacht war, hatte Herr Kapellmeister Schütze ein ausgezeichnetes Programm aufgestellt, das den ungeteilten Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer fand. Der erste Teil des Programmes brachte: Ouvertüre zu Goethes „Egmont" (Beethoven), Arie aus der D-dur-Suite (Bach) und das sehr gut gespielte Menuett von Boccherini. Den zweiten Teil füllte die herrliche Sinfonie in G-dur von Haydn aus, von der besonders das Menuetto: Allegro molto gefiel. Dann ist noch hervorzuheben das Vorspiel zu „Die Meistersinger von Nürnberg." Herrn Schütze und seinem Orchester wurden zahlreiche Ovationen dargebracht.

Zur Mitwirkung hatte sich diesmal der Freie Sängerchor eingefunden. Gesungen wurde „Es steht eine Lind' im tiefen Tal" (Uthmann), „Vater Rhein" (Mohr), „Hymne an die Nacht" (Beethoven), „Walter von der Vogelweide" (Uthmann) und „Föhn" (Nehmert). An Stelle des erkrankten Dirigenten Erich Sauerstein leitete Herr Geißmeyer den Chor. Der Chor hatte unter einer schwachen Besetzung der Tenöre zu leiden. Im 1. Tenor hörte man zeitweise nur einen Sänger, der noch dazu durch starkes Tremolieren unangenehm auffiel. Ein besonderer Mangel war noch eine unsaubere Sprachbehandlung, die hauptsächlich im 2. Baß bemerkbar war. Diesen Mangel abzustellen muß Aufgabe nicht nur des Chorleiters, sondern vor allen Dingen der Sänger selbst sein. Klanglich gut ausgeführt wurden Beethovens „Hymne an die Nacht" und Nehmerts „Föhn".

Am nächsten Dienstag findet ein Benefiz-Abend für das Schütze-Orchester statt unter Mitwirkung von Solisten, wo alle Freunde des Orchesters Gelegenheit haben, Abschied zu nehmen bis zur nächsten Spielzeit.

Oeffentliche Rundfunkanlage. Das städtische Verkehrsamt teilt uns folgendes mit: Aus der „Graf-Arco-Spende für Deutsche Welle" der Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH., Berlin, ist der Stadt eine Empfangsanlage kostenlos für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt worden. Es wird jedermann Gelegenheit geboten, an den Darbietungen teilzunehmen. Die Empfangsanlagen sind in der hiesigen Talamtschule, Eingang Oleariusstraße 7 (früher Nahrungsmittelamt), aufgestellt worden. Die Darbietungen finden täglich, außer Sonntags, statt, und zwar:

von 3 bis 5.30 Uhr wissenschaftliche Darbietungen, Lehrkurse und Vortragsreihen aus den verschiedensten Gebieten, wie Deutsch, fremde Sprachen, Kunst, Literatur, Wissenschaft, Haushalt, Wirtschaft (Programm: Deutsche Welle, Königswusterhausen);

von 5 bis 7.30 Uhr Unterhaltungsdarbietungen, Vorlesungen, Vorträge, Musik (Programm: Mitteldeutscher Rundfunk Leipzig-Dresden).

Die Vorführungen von 3 bis 5.30 Uhr finden im Zeichensaal der katholischen Volksschule, 3. Stock links, die Vorführungen von 5 bis 7.30 Uhr in der Aula der Talamtschule, 1. Stock, statt. Teilnahme an jeder Art der Darbietungen unentgeltlich, Beginn am Donnerstag, dem 9. September 1926.

•

Die öffentliche Rundfunkanlage ist gewiß großzügig. So lange aber die Arbeiterschaft keinen Einfluß auf das Funkprogramm hat, wird sie nur dazu dienen, bürgerliche Ideologie in den Köpfen der Zuhörer zu verbreiten. Hier muß die Arbeit des Arbeiter-Radio-Klubs, der auch in Halle eine Ortsgruppe hat, einsetzen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr „Juarez und Maximilian", Donnerstag „Der Freischütz", Freitag „Der Wildschütz", Sonnabend „Kyritz-Pyritz", Sonntag abend 7½ Uhr „Kyritz-Pyritz". — In der „Freischütz"-Aufführung am Donnerstag, 9. September, singt Herr Brinck den „Ottokar".

Volksbühne. Für die Hauptproben der Städtischen Sinfoniekonzerte sind für unsere Mitglieder noch einige gute Plätze verfügbar. Das erste Konzert findet am Sonntag, 19. September, statt. Anmeldungen umgehend in der Geschäftsstelle. Nächste Spieltage: „Juarez und Maximilian" am 8. September für C und „Freischütz" am 9. September für G. Anmeldung neuer Mitglieder in der Geschäftsstelle Brüderstraße 14. Für die beiden Sondervorstellungen im Stadttheater „Kyritz-Pyritz" am 11. September und „Waffenschmied" am 16. September erhalten unsere Mitglieder Karten zu ermäßigten Preisen in der Geschäftsstelle.

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag, nachmittag 4 Uhr Konzert des Hall. Sinfonie-Orchesters, Leitung Konzertmeister Franz Witek; abends 8 Uhr Konzert des Hall. Sinfonie-Orchesters, Leitung Benno Plätz.

Solbad Wittekind. Im letzten Frühkonzert des Hall. Sinf.-Orchesters gelangen zur Aufführung: Gade: Ouv. „Ossian"; Wagner: Träume, für Violine; Weber: Aufforderung zum Tanz, Ouv.: „Freischütz"; Strauß: An der schönen blauen Donau.

Herbstmarkt 1926. Gegenüber den vorangegangenen Märkten ist zu verzeichnen, daß der diesjährige Herbstmarkt stärker besucht wird. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß die Kaufkraft der Besucher ebenfalls gestiegen ist, sondern wie wir wissen, ist das Gegenteil der Fall. Wenn aber in den nächsten Tagen noch einigermaßen das Wetter gut anhält, so dürften die Marktsteller dennoch auf ihre Kosten kommen. Das Jahrmarktsbild ist auch gegenüber früher in Bezug auf Reklame ein reichhaltigeres. Ebenso befinden sich unter den Schaubuden solche, deren Kräfte beachtenswerte Leistungen vollbringen. An erster Stelle steht das bekannte Schichtl-Theater. Eine Sensation sind die Unter-Wasser-Schauspiele, die Houdini, aus dem Zirkus Busch, in einem Riesen-Glasbassin vorführt. Die verschiedenartigsten Gondelbahnen, modernsten Stils, sind vertreten, so Eberts russische Gondelfahrt, eine Autobahn, Webers wie Semis Berg- und Talbahnen, Haases Motor-Fahrradsport, Krummhaars amerikanische Schaukel, Schippers-Vandervills Achtbahn und Kaufmanns schwankende Krinoline. Wer Einkäufe an Süßigkeiten tätigen will, ersuchen wir, dieses bei unseren Inserenten zu tun. Seiferts Oskar ist auch wieder da und gibt bekannt, daß er sein 40jähriges Jubiläum begeht und deswegen Ausnahmepreise festgesetzt hat.

Arbeiter-Sport

Arbeiterwassersportverein Böllberg-Wörmlitz. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet im Bade eine Vorstandssitzung statt. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, 11. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Wörmlitz die fällige Mitgliederversammlung stattfindet.

Die Sportbeilage
kann aus technischen Gründen leider erst morgen erscheinen.

…emonstriert gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht am 12. Internationalen Jugendtag!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0007
DFG

Rosa Bergers Wandlung

33]

Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Glösa

Copyright by Kalmäuser Verlag, Raunheim

Rosa zog sich furchtsam einige Schritte vom Tisch zurück, während seitlich ein Mann auf sie zutrat, sie herausfordernd fixierte und verächtlich ihr den Rücken zukehrend über die Achsel sagte: „Was seid Ihr denn für Bagage? Ihr gehört ja gar nicht in anständige Gesellschaft!“ Rosa war überrascht und empfand diese Bemerkung als einen Schlag ins Gesicht, ging impulsiv auf ihren Beleidiger zu und rief ihm laut nach: „Mit Ihnen habe ich noch lange keine Schweine gehütet. Ihr und Euch sagt man zu Schweinezeug!“ Indessen hatte Rosa nicht einmal Zeit, zu beobachten, wie er darauf reagiere, denn im gleichen Moment bemerkte sie, wie Fritz mit geballten Fäusten vor den ihn umringenden Patrioten stand und ihnen entgegen schrie: „Mir ist jetzt alles schnuppe und wer mich angreift, dem haue ich eins in die Fresse, daß ihm vor alle Zeit schwarz vor den Augen wird.“ Da stand Rosa zitternd und es jagte ihr die Frage durchs Gehirn: „Was soll ich bloß machen jetzt, er ist ja allein gegen so viele und am Ende schlagen sie ihn halb tot.“ Aber ohne weitere Ueberlegung fiel ihr ein, die Polizei zu rufen, um Fritz wenigstens aus der Gewalt dieser maßlos aufgebrachten Patrioten zu haben. Sie lief hinaus, stand aber noch vor dem Eingang, unschlüssig, nach welcher Richtung sie gehen müsse, als Fritz auch schon gestürmt kam, verfolgt von einer Schar schimpfender und drohender Männer. Jetzt stieg ihre Angst aufs höchste. Wie sollte sie ihm helfen? Aber noch ehe sie auch jetzt einen Entschluß zu fassen imstande war, sah Rosa, daß Fritz kurz vor einer vorüberfahrenden Straßenbahn noch über die Straße rannte und dadurch seine Verfolger, wie durch einen glücklichen Zufall, von ihm abgeschnitten wurden, denn keiner von ihnen wagte es, auch noch vor der Bahn hinüberzugelangen. Fritz aber bekam so einen Vorsprung und lief in der Richtung der Bahn davon, wahrscheinlich in der Absicht, an der nächsten Haltestelle auf den Wagen zu springen. Jedoch geriet er noch vorher einem Polizisten in die Arme, der allem Anschein nach bereits bemerkt hatte, daß Fritz verfolgt wurde und ihn festzunehmen beabsichtigte. Hatte Rosa einige Augenblicke erleichtert aufatmen können, im Glauben, Fritz werde mit Hilfe der Bahn davonkommen, so geriet sie nun wieder in neue Angst durch die Befürchtung, er werde vielleicht ins Gefängnis gesperrt. Schon begannen auf der Straße die Auseinandersetzungen zwischen dem Polizisten und den Patrioten. Rosa eilte dazu; aber kaum befand sie sich in unmittelbarer Nähe des Polizisten, den zu bitten sie bereit war, als dieser die Patrioten zurückzudrängen begann und mit Fritz davonging, während seine Verfolger sich nach dem Konzertlokal zurückbegaben. Rosa folgte zaghaft den Beiden, immerhin ein wenig erleichtert, daß Fritz zunächst vor der Wut jener vielen aufgeregten Männer geschützt sei. Freilich ängstigte sie sich noch, weil sie tatsächlich fürchtete, Fritz könne dieses Vorganges wegen für längere Zeit ins Gefängnis müssen. Um so froher wurde sie, als an der nächsten Straßenkreuzung der Schutzmann bereits stehen blieb und Anstalt machte, sich von Fritz zu trennen. Nun eilte sie freudig auf ihren Mann zu, der sie ganz aus den Augen verloren zu haben schien und eben nach ihr auszuschauen begann.

Rosa nahm seine Hand. Er spürte ihre Erregung und suchte sie zu beruhigen: „Die Geschichte ist erledigt. Ich habe mich nur legitimieren müssen. Glücklicherweise war es gerade ein vernünftiger Polizist. Ebensogut hätte ich einem in die Hände fallen können, der mich erst verprügeln ließ und mich dann auch noch zur Wache schleppte und schikanierte. Er hat mir freilich geraten, das nicht noch einmal zu riskieren.

„Das sollst Du auch nicht,“ beschwor ihn Rosa, „Du glaubst gar nicht, was ich für Angst habe ausstehen müssen. Die haben sich ja wie die Wilden gebärdet. Du hast vielleicht gar nicht so richtig gewußt in Deiner Aufregung, wieviel da gegen Dich waren, und wenn nicht jeder Angst gehabt hätte vor Deinen Fäusten, hätte sicherlich einer zu schlagen angefangen und dann warst Du verloren. Aber Du darfst Dich nicht wieder in solche Gefahr begeben. Ich will es nicht, hörst Du? Du mußt auch an Dich und mich denken. Du weißt sowieso nicht, wie alles noch kommt und ob Du nicht auch zu guter Letzt in den Krieg mußt und dann bist Du genug in Gefahr . . . Aber so wie heute, das hat auch keinen Zweck. Du kommst nicht gegen sie auf und diese Menschen sind nun mal ganz wie aus dem Häuschen.“

„Ja, liebe Rosa“, erwiderte er, „ich habe diese Geschichte heute nicht bewußt provoziert. Ich muß sagen, direkt von ihr überrascht worden zu sein. Ich habe mich einfach instinktiv gegen diesen Rummel gewehrt, weil es mir zu dumm ist und ich schlechterdings nicht begreife, wieso die Menschen plötzlich sich als hundertprozentige Deutsche gebärden müssen. Und daß diese Burschen mir gleich so dreist auf den Pelz rückten, ließ mir natürlich die Galle überlaufen. Ich hätte ja ein erbärmlicher Geselle sein müssen, wenn ich mir das so ohne weiteres bieten ließ. Ich kam dann derartig in Wut, daß ich dem Burschen wirklich gehörig in die Krawatte gefahren wäre, der mich zuerst angriff. Was dann geschah, kümmerte mich nicht. Aber dem einen hätte ich's besorgt.“

*

Waren sie anfangs in der Richtung nach ihrer Wohnung gegangen, so kamen sie jetzt überein, noch nicht nach Hause, sondern erst ins Freie zu gehen. Das entsprach einem Einfall Rosas, die dazu aufgelegt war, über das Erlebte zu sprechen. Im Gehen aber tat sie das lieber. So schmiegte sie sich zärtlich beim Gehen an ihren Mann an, dessen Erregung noch zu spüren war und dem sie jetzt fühlen lassen wollte, wie gern sie bei ihm sei. Vor Rosas geistigem Auge spielten sich noch immer lebhaft die Szenen ab, die sie vorhin erlebt hatten. Und jetzt trat schärfer in Rosas Bewußtsein, wie geistesgegenwärtig und mutig sich ihr Mann gezeigt hatte. Aber auch sie selbst glaubte mehr Energie entwickelt zu haben, als ihr früher in solchen Situationen möglich gewesen wäre. Darum erzählte Rosa gern und mit Stolz, ihr besonderes Erlebnis dort im Garten, berichtete es anfangs kurz, um es dann nach allen Richtungen hin zu ergänzen. Je mehr sie darüber sprach, desto zahlreicher klärten sich die Einzelheiten im Gedächtnis und um so klarer trat der Sinn des ganzen Vorgangs hervor. Schließlich verdichtete sich ihr Bericht zu der Beteuerung: „Wenn ich dem Kerl eins auswischen könnte, ich würde es jetzt noch tun. Ich kann gar nicht sagen, in wie verächtlichem Ton er mich fragte: „Was seid Ihr denn für Bagage?“ Und wie er mir dann absichtlich den Rücken zukehrte und so von oben herunter: „Ihr gehört ja gar nicht in anständige Gesellschaft!“ Du hättest sehen müssen, was er da für ein freches Gesicht machte und wie er es mir direkt merken lassen wollte, für wen er uns hält. Den Blick, sage ich Dir, mit dem er mich dabei anglotzte, den kann man nicht wieder vergessen. Ich hätte dem ekelhaften Kerl am liebsten ins Gesicht gespuckt und ihm ein paar richtige Ohrfeigen gegeben, denn eine Wut hatte ich, die läßt sich gar nicht beschreiben. Bei mir kocht es gleich wieder, wenn ich daran denke . . . Da habe ich aber wirklich mal sehen können, was solche Leute für einen Haß auf die Arbeiter haben.“

Fritz lächelte zustimmend: „Bei solchen Gelegenheiten zeigt sich das allerdings. Vor allem hegen sie Haß gegen die Proleten, die sich rebellisch gebärden. Mir ist es übrigens vor ein paar Jahren auch einmal so ergangen, daß mir ein fremder Mensch zu Gesicht kam, der mir plötzlich unverkennbaren Haß entgegenbrachte. Ich ging damals abends von der Fabrik weg im Sommer gewöhnlich auf einem Umweg nach Hause, der teilweise durch Anlagen und durch ein Villenviertel führte. Da kommt mir eines Abends ein großer, gut gekleideter und noch besser genährter Herr entgegen, der etwa zehn Schritte vor mir darauf verfällt, mich ostentativ zu mustern. Ich war in schmutziger Arbeitskleidung, fühlte mich unangenehm berührt von seinen nonchalanten Blicken und sah ihm scharf ins Gesicht. Und da blitzte der Haß auf, stach förmlich aus seinen Augen, veränderte seine Gesichtszüge, machte sie arrogant, brutal und häßlich. Wir hatten uns im Augenblick erkannt und wußten: wir sind Klassenfeinde . . . Ich hatte bis zu diesem Tag eigentlich noch zu keinem Bourgeois persönliche Beziehungen gehabt, aber von diesem Zeitpunkt an durfte ich sagen, einen Menschen dieser Klasse persönlich gehaßt zu haben, wie noch keinen Menschen zuvor. Und dieses Gesicht mit seinem charakteristischen Ausdruck steht auch heute noch so lebhaft vor meiner Phantasie, als hätte ich es erst vorhin wieder gesehen. Ja, ich muß sogar gestehen,“ fügte Fritz noch lachend hinzu, „daß ich in Träumen oftmals von ganz anderen Personen verfolgt worden bin, die mit der Maske dieses Mannes auftraten.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Ersatzblätter des „Stahlhelm“ dürfen weiter erscheinen

So sieht Severings Kampf gegen die Reaktion aus

Nach einer Korrespondenzmeldung aus Magdeburg hat das Amtsgericht die Beschlagnahme der Zeitschrift „Jungstahlhelm“ aufgehoben, da nicht der Nachweis erbracht werden konnte, daß es sich bei dieser Zeitschrift um eine Fortsetzung des verbotenen „Stahlhelm“ handelt. Auch die Beschlagnahme der „Elbwacht“ ist aufgehoben worden.

*

Kaum war der „Stahlhelm“ verboten worden, als der „Jungstahlhelm“ und die „Elbwacht“ als Ersatzblätter herauskamen. Gleich zwei Blätter auf einmal. Der Tatbestand, daß diese beiden Blätter Ersatzblätter sind, war derart klar, daß sich sogar das Magdeburger Amtsgericht mit dieser Frage beschäftigen mußte. Nun ist die Entscheidung getroffen: **„Die beiden Zeitungen sind keine Ersatzblätter“.** Das Verbot des „Stahlhelm“ ist illusorisch gemacht. Die Reaktion hat auf der ganzen Linie gesiegt. Severing hat sich wieder einmal eine unsterbliche Blamage zugezogen. Als er vor Monaten seine großangekündigte Offensive gegen die „Notverordnungsputschisten“ erließ, antworteten die preußischen Gerichte damit, daß die Haussuchungen gegen diese Putschisten als **rechtlich unzulässig erklärten.** Nun wird das Verbot des „Stahlhelm“ damit beantwortet, daß man ausdrücklich die Ersatzblätter genehmigt. Die sozialdemokratischen Arbeiter können wieder einmal darüber Beobachtungen anstellen, **welcher Betrug** an ihnen verübt wird, wenn man ihnen erzählt: Severing und seine sozialdemokratischen Oberpräsidenten seien „Kämpfer gegen die Reaktion“.

Der Magdeburger Justizskandal

Magdeburg, 7. September.

Das Verfahren gegen Haas, Fischer und Reuter, die bekanntlich vom Untersuchungsrichter Kölling wegen Mordverdachts bzw. Mordbeteiligung verhaftet worden waren, ist nunmehr eingestellt worden. Den unschuldig Verhafteten wurden die Entschädigungsansprüche für unschuldig erlittene Haft als berechtigt anerkannt. Gegen Kölling wird natürlich nach wie vor nicht vorgegangen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die Goldpläne der Reichsbank. Zu den bürgerlichen Pressemeldungen, daß die Reichsbank beabsichtige, Goldmünzen prägen zu lassen, erklärt die „Vossische Zeitung“, daß die Nachricht in dieser Form nicht zutreffen dürfte. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und das Reichsbankdirektorium beschäftigen sich jedoch seit einiger Zeit mit dem Plan eines Umtausches von Reichsbanknoten in Barrengold.

Die Erwerbslosenarmee in England. Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 30. August 1 649 800, d. h. 9138 weniger als in der vorhergehenden Woche.

Bevorstehende Heimreise Karachans nach Rußland. Einem Telegramm aus Peking zufolge teilt die Sowjetbotschaft mit, daß der Sowjetbotschafter Karachan am nächsten Freitag nach Rußland heimreisen werde.

Rot Front

Gegen den Schanderlaß Severings — gegen Koalition mit dem Klassenfeind

Vorwärts im Geiste von Reichpietsch und Köbis

Heute, Mittwoch, den 8. September, wird hier in Halle eine Delegation der Roten Marine vom Gau Wasserkante eintreffen, die an der in Köln am 4. und 5. September stattgefundenen Gedächtnisfeier für die erschossenen Matrosen Reichpietsch und Köbis teilnahmen. Der Führer der Delegation ist der Kamerad des RFB. Zempeß, der Mitglied des ehemaligen revolutionären Fünferausschusses der Marine gewesen ist. Der Tag heutige und Abend soll Anlaß zu einer großen Kundgebung sein.

•

Gerade der Rote Frontkämpfer-Bund verkörpert in sich die Traditionen der revolutionären Kämpfer gegen den Weltkrieg, gegen den imperialistischen Massenmord. In seinen Reihen stehen heute jene unerschrockenen Kämpfer, die auf exponiertester Stelle ihre revolutionäre Pflicht taten und die von der wilhelminischen Justiz zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilt, durch Zufall mit dem Leben davon kamen. Freunde und Kampfgenossen von Köbis und Reichpietsch sind es. Wir sind stolz darauf, diese Kameraden in unseren Reihen zu wissen. Indem wir sie ehren, ehren wir diese Kameraden nicht als Person, sondern als die kühnen Vorboten der proletarischen Revolution, als die sie sich erwiesen haben. Indem wir sie ehren, bekennen wir getreu ihrer Tradition, der proletarischen Revolution zu dienen wie sie.

•

Die Ankunft der Delegation der Roten Marine in Halle hat gerade jetzt eine **aktuelle Bedeutung**. Der **Schanderlaß** des sozialdemokratischen Innenministers Severing, der vor wenigen Tagen herauskam, ist gerichtet gegen **alle** proletarischen Organisationen, insonderheit aber gegen den „**Roten Frontkämpfer-Bund**". Das beweist nicht nur der Erlaß selbst, sondern auch der schon seit einigen Wochen systematisch betriebene Terror gegen den RFB., der in der **Auflösung der Ortsgruppe in Hindenburg** (Oberschlesien) zum Ausdruck kam, in den **Verboten der Roten Tage**, und in dem **geheimen Rundschreiben**, das die faschistische **Sattler-Regierung** in Thüringen verfaßt hat und das dazu aufforderte, Spitzelberichte über die Bewaffnung des RFB. zu liefern.

•

Die Großbourgeoisie sieht diesem Winter mit seiner Massenerwerbslosigkeit mit steigender Besorgnis entgegen. Sie weiß, daß die rote Klassenfront des Proletariats im Wachsen begriffen ist. Sie will auf zwei Wegen dies Wachsen unterbinden. Durch Terror gegen das Proletariat und seine Organisationen, durch feste Bindung der SPD. an die Politik des Unternehmertums — durch die „Große Koalition". Severing hat den ersten Schritt durch seinen schamlosen Erlaß im Auftrage des Unternehmertums ausgeführt. Das Unternehmertum quittierte auf seiner letzten Tagung in Dresden mit Lobgesängen auf die Führer der SPD. und mit der direkten Einladung zur Großen Koalition.

Aus seiner geschichtlichen Erfahrung weiß das gesamte Proletariat, daß verschärfter Terror gegen das Proletariat und Große Koalition zusammengehören. Der Hunnenfeldzug gegen die verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierungen in Thüringen und Sachsen im Jahre 1923 haften allen Arbeitern für immer im Gedächtnis. Sie kamen unter der Aera der Großen Koalition zustande.

Die Massen des Proletariats sehen heute die gleiche Entwicklung. Aber sie sehen sie bereichert durch die **Erfahrungen des Jahres 1923**, bereichert auch durch den **erfolgreichen Kampf**, den die SPD.- und KPD.-Arbeiter um die **Wende des Jahres 1925/1926 gegen die Große Koalition geführt haben**.

Gegen diese finsteren Pläne wird heute das gesamte Proletariat Halles seine machtvolle Stimme erheben. Der heutige Aufmarsch muß zeigen, daß das hallische Proletariat, KPD.- und SPD.-Arbeiter vereinigt, die Wehrlosmachung des Proletariats durch die Große Koalition und den mit ihr verbundenen Terror gegen die Arbeiterschaft abzuwehren imstande ist. Der Rote Frontkämpfer-Bund ist viel zu fest im gesamten Proletariat verankert, als daß nicht die **gesamte Arbeiterschaft** bereit wäre, dafür mitzukämpfen, daß Severings Pläne nicht verwirklicht werden können. Aber die Antwort auf den Schanderlaß Severings und auf die finsteren Pläne der gesamten Reaktion darf nicht nur ein glänzender Aufmarsch sein, sondern dieser Aufmarsch muß erst recht zur **Stärkung** und zum **Ausbau des Roten Frontkämpfer-Bundes** dienen. Stärkung des Roten Frontkämpfer-Bundes, das ist die beste Antwort auf die Provokation Severings.

•

Indem wir heute in machtvollem Aufmarsch gegen den Schanderlaß Severings, gegen die Gefahr einer neuen Großen Koalition aufmarschieren, führen wir die Tradition der erschossenen Matrosen Reichpietsch und Köbis fort, die damals noch vereinzelt in heldenmütigem Kampf gegen den Belagerungszustand unter dem wilhelminischen System und gegen die Burgfriedenspolitik der SPD.-Instanzen gekämpft und diesen ihren Kampf mit dem Tode besiegelt haben.

Lest den
Klassenkampf

Das Todesurteil gegen Reichpietsch und Genossen

Reichpietsch

Köbis

Durch einen Zufall sind wir in den Besitz des Kriegsgerichtsurteils über die erste Aufstandsbewegung in der deutschen Kriegsflotte im Sommer 1917 gelangt.

Neben den hier genannten revolutionären Matrosen, sind noch eine große Anzahl zu schweren Strafen verurteilt worden. So wurde auch der Matrose Spanderen vom „**Prinzregent Luitpold**" zum Tode verurteilt, dann aber zu langer Freiheitsstrafe begnadigt.

Das Todesurteil gegen Reichpietsch und Köbis ist vollstreckt worden.

Das revolutionäre Proletariat wird das Gedächtnis dieser Märtyrer immer lebendig halten.

Gericht des IV. Geschwaders

Urteil

in der Untersuchungssache gegen:

1. Oberheizer Willy Sachse, Oberheizer Max Reichpietsch, Oberheizer Willy Weber von SMS. „**Friedrich der Große**".
2. Oberheizer Josef Fischer von SMS. „**Pillau**".
3. Oberheizer Louis Bräuner von SMS. „**Kaiserin**".
4. Obermatrose Adolf Bieber, Obermatrose Richard Linke von SMS. „**Helgoland**".
5. Heizer Alwin Köbis, Heizer Johann Beckers von SMS. „**Prinzregent Luitpold**",

wegen Kriegsverrats,

hat ein auf Befehl des Kriegsherrn und Chefs des IV. Geschwaders zusammengetretenes Feldkriegsgericht in der Sitzung vom 25. August 1917, an der teilgenommen haben, und zwar als

Richter:

a) militärische:
1. Korvettenkapitän Weber, Vorsitzender;
2. Kapitänleutnant Loewe;
3. Oberleutnant z. S. Köllmann;

b) juristische:
1. Marinehilfsgerichtsrat Dr. Frauen, Verhandlungsführer;
2. Marinehilfsgerichtsrat Sachse;

als Vertreter der Anklage:
1. Marine-Hilfskriegsgerichtsrat Breil;
2. Marine-Hilfskriegsgerichtsrat Lösch;
3. Marine-Hilfskriegsgerichtsrat Dr. Dobring;

als Militärgerichtsschreiber:

Marine-Hilfskriegsgerichtssekretär Martini, für Recht anerkannt. Die Angeklagten werden verurteilt:

1. Wegen vollendeter kriegsverräterischer Aufstandserregung:
   a) Reichpietsch, Beckers, Köbis, Sachse, Weber, zum Tode, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer und Entfernung aus der Marine;
   b) unter Annahme eines minder schweren Falles: Fischer zu 15 Jahren Zuchthaus, Bräuner zu 12 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren und Entfernung aus der Marine.
2. Wegen versuchter kriegsverräterischer Aufstandserregung Bieber und Linke zu je 10 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und Entfernung aus der Marine.

Persönliche Lebensverhältnisse der Verurteilten

1. **Willy Sachse**, geboren am 7. Januar 1896 zu Leipzig. Von Beruf Mechaniker, am 1. Oktober 1914 in die Marine eingetreten, noch nicht bestraft.

2. **Max Reichpietsch**, geboren am 24. Oktober 1894 zu Charlottenburg. Von Beruf Packer, am 16. Juli 1912 in die Marine eingetreten, vierzehnmal disziplinarisch und einmal feldgerichtlich bestraft.

3. **Louis Bräuner**, geboren am 10. April 1893 zu Gelsenkirchen. Von Beruf Maschinist, am 1. Oktober 1913 in die Marine eingetreten, dreimal disziplinarisch bestraft.

4. **Josef Fischer**, geboren am 3. April 1892 zu Lörrach in Baden. Von Beruf Heizer, am 2. Oktober 1912 in die Marine eingetreten, dreimal disziplinarisch bestraft.

5. **Willy Weber**, geboren zu Gronau, am 12. Oktober 1912 in die Marine eingetreten, elfmal disziplinarisch, einmal feldgerichtlich bestraft.

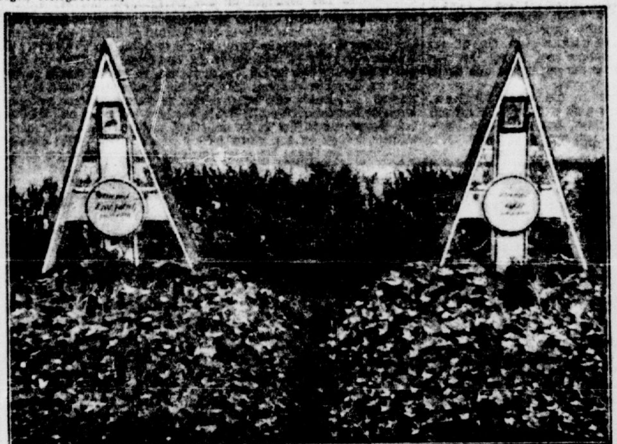
6. **Adolf Bieber**, geboren am 29. Dezember 1891 zu Stendal. Von Beruf Maschinenschlosser, am 4. Oktober 1911 in die Marine eingetreten, viermal disziplinarisch bestraft.

7. **Richard Linke**, geboren am 20. November 1889 zu Forst in der Lausitz. Von Beruf Werkzeugschlosser, am 4. Oktober 1911 in die Marine eingetreten, noch nicht vorbestraft.

8. **Alwin Köbis**, geboren am 18. Dezember 1892 zu Pankow, Kr. Niederbarnim. Von Beruf Heizer, am 11. Dez. 1912 in die Marine eingetreten, dreimal disziplinarisch bestraft.

9. **Johann Beckers**, geboren am 17. Februar 1892 zu Alsdorf, Kr. Aachen. Von Beruf Bergmann, am 2. Oktober 1912 in die Marine eingetreten, dreimal disziplinarisch bestraft.

Welches Verbrechen die Militaristen und Hilfskriegsgerichtsräte an den revolutionären Matrosen vornahmen, beweist die Tatsache, daß **alle Angeklagten im Zivilleben unbestraft waren.**



Auf der Wahner Heide bei Köln: Die Gräber von Reichpietsch und Köbis

Der 9. Todestag von Reichpietsch und Köbis

Massenaufmarsch an den Gräbern in Köln

Köln, 6. September.

Der 12. Internationale Jugendtag der Kommunistischen Jugendinternationale und gleichzeitig 9. Jahrestag der Hinrichtung der beiden revolutionären Matrosen Reichpietsch und Köbis durch die deutsche Militärjustiz hatte seinen Höhepunkt in dem Massenaufmarsch auf der Wahner Heide, an den Gräbern der ermordeten Revolutionsopfer.

Am Sonnabend schon waren tausende Arbeiter, und vor allem Jungarbeiter, in Köln aufmarschiert, um die Delegation der Roten Marine, die von dem Gau Wasserkante entsandt war, auf dem Bahnhof und am Neumarkt zu begrüßen.

Am Sonntag früh schon fuhren auf überfüllten Lastautos, propagandistisch geschmückt, unter wehenden roten Fahnen, unter Musik und Gesang, Arbeiter und Arbeiterinnen, Jungarbeiter und Jungpioniere zur Wahner Heide hinaus. Hunderte folgten ihnen zu Rad, andere fuhren mit der Bahn oder gingen zu Fuß hinaus.

Auf dem Militärfriedhof in Wahn marschierten zum erstenmal an den Gräbern der am 5. September 1917 hingerichteten Genossen tausende Arbeiter auf. Ueber 120 rote Fahnen reihten sich an ihren Gräbern auf. Berge von Kränzen und Blumensträußen zeigten, daß die deutschen Arbeiter die ersten deutschen Revolutionsopfer im Weltkrieg nicht vergessen haben.

Auf einem großen, rotgeschmückten Boot, das auf einem Wagen angebracht war, zogen die roten Matrosen, Kränze und Sowjetsterne aus Blumen geformt, heran.

Nach vollendetem Aufmarsch vor den Gräbern sprachen die Vertreter der Matrosendelegation, der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugend, der Roten Hilfe und ein mit Reichpietsch und Köbis zum Tode verurteilter und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigter Matrose. Ueber 120 Fahnen senkten sich vor den Gräbern. Tausende Fäuste hoben sich zum Schwure, nicht zu ruhen, nur für das eine Ziel zu leben, das System zu vernichten, dem Reichpietsch und Köbis zum Opfer gefallen sind.

Die Tausende waren sich der Gefahren des neuen Weltkrieges bewußt und gaben den Schwur ab, bei einem neuen Krieg die Parolen Lenins und Liebknechts: „Burgkrieg und nicht Burgfrieden!" zu verwirklichen. Die Tausende waren sich auch bewußt, daß ein Heer von Kämpfern für die Revolution nur erstehen kann im ständigen Kampf gegen die raffiniertesten Methoden des Verrates und Betrugs, gegen die sozialdemokratische Führung.

Mit dem Gesang der „Internationale" wurde die unvergeßliche Kundgebung geschlossen.

Heute abend 8 Uhr (Thielenplatz) Empfang der roten Marine-Delegation

Anschließend Demonstrations-Fackelzug und Kundgebung im „Volkspark"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0009

Wie die revolutionären Matrosen 1917 kämpften und starben

Klassenkämpfer vor wilhelminischen Gerichten – Aufrecht in den Tod!

Es gärt

Jahre 1917 zeigten sich bei der Flotte immer größere Zersetzungserscheinungen. Seifen- und Marmeladen-Demonstrationen ...ten mit offenen Meutereien auf den Linienschiffen ab. Trotz Steigerung der nationalen Agitation stiegen die Wogen der ...ung innerhalb der Marinemannschaften immer höher. ...llel damit ging die sehr starke Vorwärtsentwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in der Heimat, in erster Linie bei den ...ions- und Schwerstarbeitern. Dieses gemeinsame Sich-Fortentwickeln der Arbeiterbewegung in der Heimat und in der Marine ... das Reichsmarineamt, entgegen seiner sonstigen brutalen ...politik, gegen die Flottenmannschaften mildere Töne ...schlagen, den Weg des politischen Kompromisses zu ...reiten.

...schwerde- und Menagekommissionen, „madenfreies" Hartbrot, ...lose" Marmelade signalisierten deutlich die Kursschwenkung. ... dieser Politik der Kompromisse versuchte das Flottenkommando durch zwei Mittel die stark aufkommende revolutionäre Flottenbewegung zu hemmen und zu zersetzen. Einmal züchtete ...ematisch ein Spitzelheer mit Hilfe der lumpenproletarischen Elemente, die während des Krieges auch in der Flotte Unterschlupf fanden. Zum zweiten schuf sie sich einen Provokateurapparat, der durch geschickt verschleierte Manöver innerhalb der ...tionären Bewegung ein frühzeitiges, unüberlegtes, der Bewegung im Lande weit vorauseilendes Losschlagen der Matrosen ...lassen sollte, um diese Bewegung zu spalten und zu zertrümmern. Wie weit ihr das kraft der Vertrauensseligkeit und der ...fahrenheit der revolutionären Matrosen im ersten Anlaufe ..., zeigte die spätere Entwicklung bis zu den großen Marine...en 1917, die bekanntlich mit Todesurteilen gegen fünf Ge... des revolutionären Zentralkomitees endeten.

Die Spürhunde des wilhelminischen Systems

... Flottenkommando war bekannt, daß die Führer des Zentral...es der revolutionären Matrosen ihren Sitz an Bord unseres ...es haben mußten. Es war ihnen an Hand der Anlage der ...strationsbewegung und Arbeitsdienstverweigerungen weiter...klar, daß der Schwerpunkt der revolutionären Führung auf ... des technischen Personals lag. Also mußte, wenn ...zentralkomitee an Bord unseres Schiffes war, der Haupt..., nach dem sie fahndeten, unter dem Heizerpersonal ...en sein. Wie aber den finden? Das war die Frage.

...wurden alle möglichen Mittel für diesen Zweck ausprobiert. ... ließ Kriminalbeamte aus Berlin an Bord kommen. Sie ...en in einen schwarzen „Bunkerkloß" gesteckt, damit sie sich unter ...heizervolk mischen, um durch radikales Benehmen als „alte ..." in die revolutionäre Bewegung eindringen zu können. Man ...dabei vergessen, ihren Händen die nötige Hornkruste mit..., so daß wir, mißtrauisch, wie wir nun einmal bei dieser ... Situation waren, bei den Arbeiten vor dem Kessel sehr ...feststellen konnten, welches Dienstalter diese Elemente hinter ...ten. Denn tatsächlich, „je stärker die Hornhaut in den Hän..., desto länger die Dienstzeit vor den Kesseln". Es gelang ... also nicht, da wir an Hand der kleinen, scheinbar neben...en Beweise vorzeitig den Schwindel bemerkten, in die ...gung einzudringen. Nach diesem mißglückten Versuch ...man zu anderen Mitteln, die schließlich Erfolg hatten.

Verraten

...ur hatte sich nicht ein solcher Judas gefunden, der uns direkt ..., doch als wir bereits in Haft saßen, konnte ein Ober...maat, der speziell mit unserer Aufspürung beauftragt war, ... ganze Liste von Sykophanten dem Gericht zur ...ung stellen, die mehr oder weniger auf Grund der Be...ungen, die sie dafür erhielten, belastend gegen uns und damit ... die revolutionäre Bewegung aussagten.

...saßen im Untersuchungsgefängnis in Wilhelmshaven, ...verging kein Tag, wo man uns nicht mehrere Stunden mit ...n peinigte. Revolver und Galgen, das waren die Droh... mit denen man versuchte, alles von uns zu erpressen. Mit ...licher Geschwindigkeit verdichtet sich das Netz der Aussagen ... uns, so daß auf Grund dieser Zeugenaussagen wir lediglich ... unsere Verbindungen an Land mit den politischen Organi...n in der Heimat abdichten konnten.

...war geradezu katastrophal und für uns ungeheuer nieder...end, wenn wir jedesmal beim Verhör die Aussagen vor...m bekamen, die Kameraden von Bord gegenüber ihren ... Henkern, den Offizieren, gemacht hatten, die weniger uns, ... die Gesamtbewegung ungeheuer schädigten. Wir sind zuletzt ...wie zu einer Folter zum Verhör gegangen, weil uns die ... dieser **geistigen Korruption innerhalb unserer eigenen Klasse** ...ter trafen, als das Martyrium in Untersuchungshaft und ... im Zuchthaus.

In Untersuchungshaft

...noch nicht drei Nächte saßen wir in Untersuchungshaft, als ...ngen war, mit Hilfe der Wachmannschaften eine vollständig ...tionierende Verbindung mit der Außenwelt herzustellen. ...wurden dauernd auf dem laufenden gehalten und konnten ... Wirkungen unseres Handelns in der Haft und vor Gericht ... einem gewissen Grade immer voraus berechnen. Und nicht ...das. Meiner Zelle gegenüber lag der Genosse Köbis. ... konnte ich zu ihm, wie er zu mir gehen. Wir konnten daher ...besprechen, was notwendig war, so daß wir über die Rolle ...flottenbewegung eine ganz einheitliche Richtlinie für den ...prozeß ausarbeiten konnten.

... „Narrenparade" auf dem Gefängnishofe wurden wir immer ...ngen wie Herrgötter. Unsere Mitgefangenen versuchten stets, ...einmal der Blick des Wärters sie nicht traf, sich so zu stellen, ...zusammen hintereinander gingen, um Unterhaltungen zu .... Keine von uns geschriebenen Kassiber brauchten wir selbst ...fördern, sondern wir nahmen sie nur mit in die Freistunde, ...sie dort mit der entsprechenden Aufschrift auf einen Mauer... und waren sicher, daß dieselben von unseren Mitgefangenen ...genossen Reichpietsch, der eine Etage tiefer lag, zugestellt .... Jede Aeußerung des Untersuchungsrichters, die er ohne ... in der Anwesenheit eines Mitgefangenen über uns gemacht ..., erfuhren wir zur rechten Zeit. Kurz — wir hatten in ... Hinsicht ein sehr fideles Gefängnis.

Richtertypen

...so schlimmer war die Behandlung vor Gericht. Unsere An...voren Marine-Hilfs-Kriegsgerichtsräte, d. h. in der Etappe ...wegende Paragraphenstrolche. Da sie keine Gelegenheit hatten, ... Heldenmut vor dem Feinde zu beweisen, weil sie zu feige ...waren, besaßen sie den traurigen Mut, durch juristisch unhalt...haftе Argumente an uns ein Urteil zu vollziehen, das ...dann als Belohnung das Eiserne Kreuz und Beförderungen .... Sie hatten die Untersuchung zu gleicher Zeit geführt, ...gannen ihre Anklage mit nichtssagenden Phrasen über den „Vaterland" und „Kriegsverrat", um dann im platten ...jargon, ohne Abwägung der politischen, ökonomischen und ...ischen Hintergründe unserer Taten vom Gericht ein Urteil ...langen, das in seiner ganzen Tragweite so aufreizend war, ... infolge seiner Grausamkeit, die revolutionäre Marine...bewegung vorantreiben mußte.

... die Richter? Deklassierte, politisch gleichgültige Offiziers. ... während der ganzen Dauer der zweitägigen Verhandlung ... Oelgötzen da, und wenn sie sich schon rührten, dann nur, um durch Spielen mit einem Federhalter etwas die Langeweile zu vertreiben.

Die Oeffentlichkeit war in diesem Prozeß ausgeschlossen. Es tat auch not, denn wer hätte dafür garantiert, daß nicht durch Bekanntwerden in der Oeffentlichkeit über die tatsächlichen Vorgänge an Bord die starke Gärung unter der Bevölkerung sich explosiv ausgewirkt hätte? Aber dennoch waren Zuschauer da. Die Herren von der Admiralität und der Generalität! Monokelputzend und säbelklirrend saßen diese in Korsetts eingeschnürten Skelette da, um jedesmal, obwohl das gegen die Gerichtsordnung verstieß, laut aufzuheulen oder Entrüstung zu mimen, wenn wir ihnen die Wahrheit über unsere Bewegung in das Gesicht schleuderten. Ja, einer dieser kleinen geifernden Etappenstrolche bekam, **als ich die sexuellen Schweinereien, wie sie an Bord unseres Schiffes von den Offizieren betrieben worden, aufdeckte, einen solchen hysterischen Wutanfall, daß er seine Blechplempe zog und uns niederzustechen drohte.**

Weshalb waren diese Herren im Gerichtssaal? Sie glaubten, von uns lernen zu können, wie man den Gang der revolutionäre Entwicklung in Deutschland aufhalten könne. Diese politischen Phantasten begriffen nicht, daß man nicht ins Rad der Geschichte eingreifen kann, um es zurückzudrehen, selbst dann nicht, wenn man sich Flottenchef oder gar Flügel-Adjutant Wilhelms nennt.

Es gab noch eine interessante Gruppe in diesem Prozeß, das waren die Spitzel und die Provokateure. Diese Galerie schöner Männer nahm sich besonders gut im Gerichtssaal aus. Da saßen Kriminalbeamte, die aus Langeweile sich die Pelle von den Fingern zogen, die ihnen bei der ungewohnten Arbeit infolge ihrer Spitzeltätigkeit an Bord durch Brandblasen von den Händen gegangen war. Das waren die typischen Verbrechergesichter, wie wir sie später nur noch im Zuchthaus Celle und Rendsburg in Reinkultur gesehen haben. Es waren wegen krimineller Verbrechen degradierte Soldaten, die wieder in den Mannschaftsstand erhoben waren, lediglich deshalb, weil sie als Provokateure verstanden hatten, die Bewegung frühzeitig auffliegen zu lassen. Da saßen auch jene kleinen Judasse, die für den Schilling einer kupfernen Denkmünze ihre ganze revolutionäre Klasse verraten hatten. Das tat am Herzen weh, wenn der Blick jene Gestalten streifte.

Und zuletzt kamen unsere Verteidiger. Gute, brave Spießbürger, die ihre Pflicht als Rechtsanwälte glaubten tun zu müssen, uns aber selbst als Verbrecher im Sinne der Kriegsgesetze einschätzten. Was konnten sie uns helfen? Wir haben unsere Arbeit selbst getan. Eine Arbeit, die darin bestand, in diesem Prozeß jene revolutionären Losungen anzugeben, die die Marinebewegung wieder zusammenreißen und einigen mußte, zum Siege — trotz alledem.

Der Prozeß

Der Prozeß war äußerst eintönig. Die Urteile waren von vornherein bestimmt, wie aus den Akten des Reichsmarineamts hervorgegangen ist. Man mußte uns trotz der juristischen Bedenken, die die Reichsjustizbehörde hatte, zum Tode verurteilen, weil man einfach annahm, daß nur durch solch ein Exempel die revolutionäre Bewegung unterdrückt werden könnte. Man vergaß dabei, daß es eine geschichtlich begründete Bewegung war, der man mit Moralbegriffen nicht beikommen kann.

Es gab im Grunde genommen nur einen beachtenswerten Zwischenfall. Als ich die Verteidigungsrede für alle Genossen beendet hatte, trat einer der Provokateure auf und behauptete, daß wir elende Lügner und ehrlose Gesellen seien (ausgerechnet ein Provokateur mußte das sagen), da er beschwören könne, daß nicht, wie wir es ausgelegt hatten, die Bewegung den Zweck habe, mit politisch-revolutionären Mitteln den Frieden zu erzwingen, sondern daß unsere Hauptaufgabe darin bestanden habe, die einzelnen Linienschiffe in die Luft zu sprengen. Köbis sei der größte Feigling, den er sich denken könnte, da gerade Köbis gegen mich am härtesten gekämpft habe, um die Schiffssprengungen durchzusetzen. Ich wollte mich sofort wieder zu einer Erklärung melden, als **ganz unvermutet Genosse Köbis, der sonst sehr ruhig und sachlich den Prozeß mitgeführt hatte, aufsprang und vor Wut leichenblaß erklärte, daß er sich von einem solchen feigen Lumpen nicht ehrlose Handlungen im Sinne des revolutionären Kampfes nachsagen lasse,** und er offen eingestehe, daß er als Anarchist mit ganzer Kraft dahin gestrebt hätte, durch **individuellen Terror die Flotte lahm zu legen, um so den Frieden zu erzwingen.** Wir waren entsetzt, denn es war klar, damit hatte Genosse Köbis **sein Schicksal entschieden.** Ehrlich, wie er war, stand er zu seinen Taten, und doch — diesen Kanaillen gegenüber durfte er nicht so weit gehen, denn hier kam nicht persönliches Ehrgefühl in Betracht, sondern der Bestand der revolutionären Bewegung. Doch es war geschehen. Und damit hatte der Prozeß seine endgültige Erledigung erfahren.

Die letzte Brutalität der wilhelminischen Justiz

Am Morgen des 1. September 1917 fielen die Genossen Reichpietsch und Köbis unter den Kugeln der Abteilung eines Rheinischen Landsturmbataillons. Sie fielen für uns, für unsere Bewegung, für ihre und unsere Idee.

In der Abenddämmerung des 31. August 1917 trat in meine Zelle unser Geschwaderpfarrer. Ein junger, sehr asketisch aussehender Mensch. Er war offensichtlich gedrückt. Als er mich so grübelnd an meinem Gefängnistisch sitzen sah, faßte er gar keinen Mut, mich anzusprechen. Bis ich von ihm Notiz nahm. Da erklärte er mir, daß er gekommen sei, um mitzuteilen, daß wir uns auf den letzten Gang vorbereiten müßten. Ich war erschreckt. Am 27. August waren wir zum Tode verurteilt und rechneten damit am 3. September erschossen zu werden. Keinesfalls aber waren wir vorbereitet, entgegen den Anweisungen im Strafvollzug, schon am dritten Tage nach Urteilsverkündung ohne Urteilsbestätigung erschossen zu werden. In sehr scharfen Worten vertrat ich diesen Standpunkt dem Pfarrer gegenüber mit dem Erfolg, daß er sich nur noch linkischer anstellte. Dann wollte er mir aber doch den letzten Trost spenden. Ich lehnte ab, erklärte, daß ich nicht an Gott glaube und bat ihn, mir meine letzten Stunden, die ich nun noch vor mir hatte, nicht durch unnütze Gespräche zu rauben. Wir alle hatten wahrhaftig Sammlung in diesen Stunden notwendig. Es ist nicht so leicht, ein junges, blühendes Menschenleben in wenigen Stunden auf den Tod vorzubereiten. Der Pfarrer verließ mich dann auch, nachdem er pflichtgemäß den letzten Brief an meine Mutter mitgenommen hatte.

Eine bange Nacht

Die Nacht senkte sich hernieder. Wir wurden eingeschlossen, und nun begannen qualvolle, furchtbare Stunden für uns. Reichpietsch lag unter mir. Ich hörte seinen unruhigen Schritt. Köbis durfte ich noch kurze Minuten in dieser Nacht sprechen. Mir schien er noch verbissener als sonst. Vielleicht auch blasser, aber sehr gefaßt. Mit unheimlicher Ruhe setzte er mir auseinander, daß es doch besser sei, schon in einigen Stunden zu sterben, als erst nach Tagen. Wisse man doch, wofür man sich opfere. Sätze voller Entschlossenheit und auch voller Kühnheit.

In jenen kurzen Minuten unseres Zusammenseins sah ich Köbis in seiner ganzen Größe.

Wir mußten voneinander Abschied nehmen. Kurz und fest, wie es unser Brauch war. Wir drückten uns die Hand, versprachen, aufrecht und stolz den Tod zu erwarten und schieden voneinander. Es sollte der letzte Händedruck von ihm sein.

Und dann kam die Wanderung in meiner Zelle. Auf und ab in schier ewigem Gleichklang, mit heißem Kopf. Mit der letzten Kraft unseres Denkens suchten wir nach Rettung. Doch die Kerkergitter waren gut und die Zeit zu kurz, um noch Auswege zu finden. Es mochte Mitternacht sein, da zogen unten auf der Straße singende Matrosen vorbei. Man hörte es ganz von fern.

Ob sie wohl wußten, wer dort oben im Kerker saß? Ob sie wohl wußten, daß dort oben in enger, heißer Kerkerzelle fünf junge blühende Menschen leben, in wenigen Stunden vor den Gewehrläufen ihrer Mörder stehen würden?

Plötzlich kam der Sang viel näher, es schien, als wenn sie stehen geblieben seien und leise, ganz leise drang zu uns in die Zelle das Lied herauf, das wir acht Tage vor dem 4. August 1914 vieltausendstimmig gehört, das seitdem nie wieder erklungen:

„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht".

Das war zuviel für uns. Da brach das ganze mühsam verhaltene Weh in uns hervor, und mit der Ruhe wars vorbei. Sie riefen revolutionäre Grüße herauf — — die unbekannten Matrosen — — unsere Freunde. — —

Was hätten wir in jener Stunde darum gegeben, um noch einmal bei ihnen sein zu können? Das letzte revolutionäre Lied — das durften wir nur von ferne hören. Und mit diesen Klängen im Ohr sollten wir sterben.

Längst war der Gesang der Matrosen, der uns gegolten, verklungen. Die Kasernenuhr schlug in unerbittlichen, harten langen Schlägen die Zeitstunde an. Ueberall war Stille, nur unter mir hörte ich Reichpietsch auf- und abgehen. Immer auf und ab, ohne Ruhe, was mochte wohl in ihm vorgehen?

Reichpietsch und Köbis werden abgeführt

Endlich dämmerte der Morgen. Die Uhr schlug vier. Da hörte ich, wie Reichpietschs Tür aufgeschlossen wurde. Ein Schrei — er mußte aus seiner Zelle kommen, dann nur noch Stimmengewirr und ein Geklirr von Ketten. Die Zellentür unter mir wurde wieder zugeschlagen. Es war still.

Bald darauf erschollen auf unserem Zellengang hastige Schritte. Jetzt hieß es, sich zusammennehmen. Aeußerlich ruhig und gefaßt, lehnte ich mich an die Wand, der letzten Schicksalsstunde meines Lebens wollte ich ruhig ins Auge sehen, wie wir, Köbis und ich, uns versprochen. Die Schritte machten an meiner Tür halt. Der Schlüssel klirrte — doch nicht an meiner Tür. —

Es galt Genossen Köbis.

Ich hörte Stimmengewirr, dann eine einzelne Stimme, es mußte dem schnarrenden Tone nach ein Offizier sein. Er verlas noch einmal monoton das Urteil. Ich drückte das Ohr an die Türspalte, um genau zu hören, was vorging. Das Herz pochte fieberhaft. Ich konnte nur noch hören, wie er sagte:

„Die Begnadigung des Heizers Köbis ist abgelehnt, das Urteil wird vollstreckt!"

Dann war es sekundenlang still — totenstill. — Mir schien das Blut in den Adern zu stocken. — Ich hörte Köbis klar, feste Stimme: „Ich bin bereit — über meinen Körper verfügen Sie!" Dann wieder ein eigenartiges Klirren! Ein Schlösserschnappen — Köbis wurde gefesselt. Ein kurzes Kommando und die Wachmannschaft setzt sich in Bewegung. Köbis rief noch einmal mir durch die Kerkertür laut zu: „Leb wohl!" Dann war es vorbei. — Einer der besten Genossen war wieder auf die Todesreise gegangen. —

Zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt

Es folgten wieder lange bange Stunden des Harrens. Wann wohl werde auch ich geholt? Was alles zieht da noch einmal an den Augen vorbei — das ganze Leben, die ganzen Kämpfe, all die Zweifel und all die schweren Stunden, die ein junges Proletarierblut durchkämpfen, durchmachen muß. Und trotz alledem immer noch die Hoffnung auf Rettung. Es war eine furchtbare Folter. —

Die Uhr auf dem Kasernenhof schlug halb sieben Uhr. Draußen auf der Straße war schon reges Leben. Die Werftarbeiter gingen an ihre Arbeit. Da näherten sich wieder Schritte meiner Zelle. Die Tür wurde aufgeschlossen und der wachthabende Obermaat forderte mich auf, herauszukommen. Die Matrosen schreckten zurück. Vielleicht sah ich besonders blaß aus — vielleicht auch war sonst was an mir zu bemerken, was ich sonst nicht an mir hatte, als ich aus der verdunkelten Zelle auf den lichten Korridor trat.

Ich war sonst ruhig. Vor mir stand ein Kapitänleutnant mit einigen Akten in der Hand.

Ich glaubte zu wissen, was kommen sollte. Plötzlich fährt der Kapitänleutnant mich an und schreit, daß ich stillstehen soll. Ruhig antwortete ich ihm, daß ich aus der Liste der Marine gestrichen sei und mich deshalb nicht mehr als Soldat betrachte. Das hatte er nicht erwartet. Er nahm, ohne auf seinen Befehl weiter zu dringen, seine Akten zur Hand, schlug sie auf und teilte mir mit, daß ich — begnadigt sei. Im Augenblick war ich wie betäubt. Dann hörte ich nur noch: „zu 15 Jahren Zuchthaus!"

Der Offizier trat auf mich zu, schüttelte mich am Arm und fragte, was ich darauf zu sagen habe. Was sollte ich sagen? 15 Jahre Zuchthaus, das heißt — lebendig begraben sein. Der Offizier machte kehrt. Ich wurde in meine Zelle wieder hineingeschoben und wartete dort bis zu meinem Abtransport ins Zuchthaus.

Die Exekution

Reichpietsch und Köbis mußten noch lange Stunden auf ihren Tod warten. Mit je 20 Mann Bedeckung, schwer gefesselt, wurden sie nach einer rheinischen Festung gebracht, um dort erschossen zu werden. Die Soldaten weigerten sich, sie zu erschießen. Es half nichts, sie wurden an einen anderen Ort transportiert. Auch da wieder Weigerung. Bis endlich ein Ort gefunden wurde, zu dem noch nicht die Kunde von dem wahren Sinn und Inhalt unserer Bewegung und unserer Taten gedrungen war.

Geblendet durch nationale Phrasen, unklar und ohne Klassenbewußtsein, schossen Landsturmmänner unsere beiden Genossen nieder. Sie starben für die Sache des revolutionären Proletariats.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Roter Frontkämpfer-Bund (e. V.)
Berlin SO 16, Melchiorstraße 15

Beitrittserklärung

Erkläre hiermit meinen Beitritt in den **Roten Frontkämpfer-Bund — die Rote Jungfront** (Nichtzutreffendes durchstreichen)

Genau und deutlich ausfüllen

Name: ______ Vorname: ______
geb. am ______ zu: ______
Wohnung (Straße, Hausnummer): ______
Beruf: ______ Partei: ______
Gewerkschaft: ______
Waffengattung: ______ Dienstgrad: ______
______, den ______ 192 Ortsgruppe: ______
Aufnahmebestätigung erfolgt, nachdem zwei Mitglieder des Bundes die Bürgschaft übernommen haben (§ 8 des Statuts)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260908-15/fragment/page=0010